

UND DU SELBST ?



jedes Heft 48 Seiten, 4,- DM, im Abonnement 2,80 DM

HELDEN

Ernesto „Che“ Guevara
Eden Pastora
Cayetano Carpio (Marcial)
Melida Anaya Montes
(Ana Maria)

MYTHEN

Volk
Kampf
Befreiung
Gründe der Mythenbildung
Zweifel

Helden, Mythen & Linke

Zehn Hefte jährlich, jeweils 4,- DM. Jahresabo 28,- DM.
MAGAZIN VERLAG, SCHWEFFELSTR. 6, 2300 Kiel 1

LATEINAMERIKA nachrichten

14. JAHRGANG DER

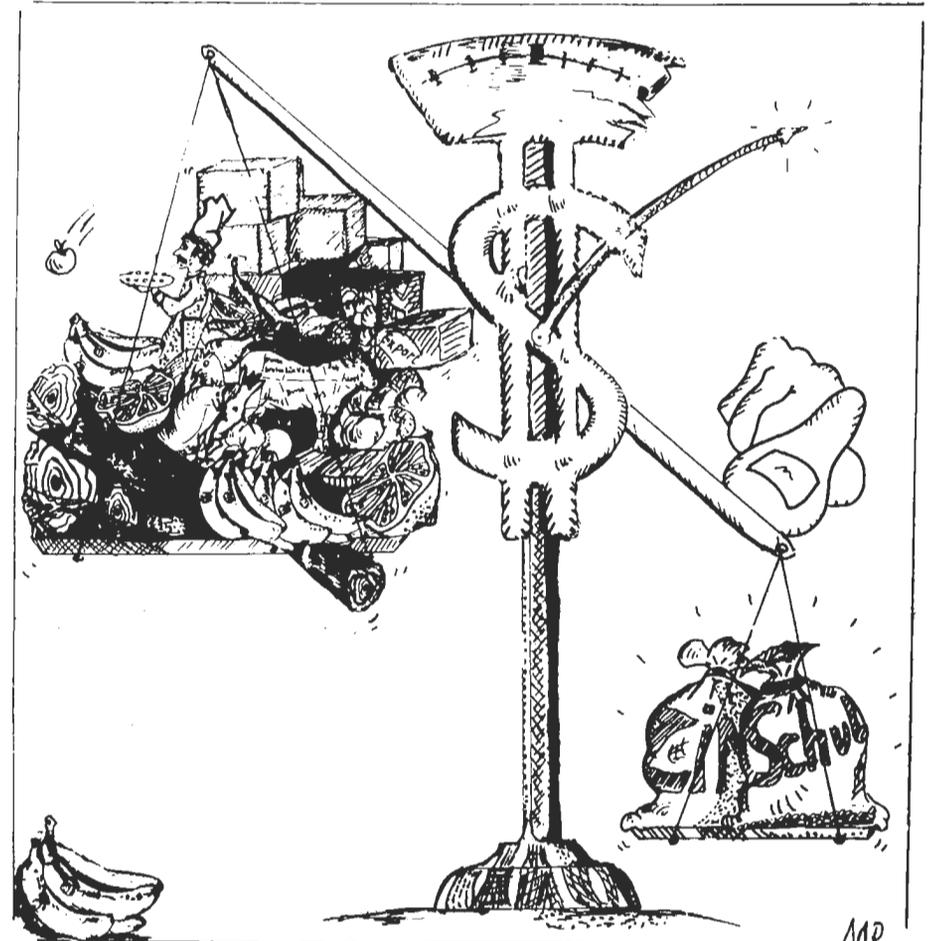
CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Juli 1986

DM 4,50

150



Aus dem Inhalt:

Schwerpunkt: **Verschuldung** / **CHILE:** Angriff auf das Solidaritätsvikariat / **BRASIL:** Tödliche Hilfe für Kleinbauern von der GTZ? / **HAITI:** Drei Monate nach Duvalier

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	3
- BRD - NICARAGUA: Opfer als Täter	5
- CHILE: Angriff auf das Solidaritäts-Vikariat ...	11
Anleitung zum Streik	17
- VERSCHULDUNG: Ausblick vom Schuldenberg	20
Vom "Geist der Einheit"	22
Wirtschaftskrise und Entwicklungs- perspektiven	27
Literatur zu IWF und Verschuldung ...	40
- BRASILIEN: Tödliche Hilfe für Kleinbauern von der GTZ?	45
- HAITI: Drei Monate nach Duvalier	54
- PARAGUAY: Wird auch Stroessner stürzen?	69
- BERLIN: Polizeieinsatz gegen den Mehringhof	71
- REZENSIONEN: Biographie Victor Jaras	73
Die chilenische Gewerkschaftsbewegung ...	75
Kinder der Mitte	77
- ZEITSCHRIFTENSCHAU	79
- EINGEGANGENE BÜCHER	80

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 150
Juli 1986
Jahrgang 14 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)
ISSN 0174 - 6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke
Druck: Movimento, Berlin-West
Redaktionsschluß: 19. Juni 1986

Abo-Preise:
Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährwise berechnet, angefallene Jahre anteilmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83 - 103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
im Mehringhof
Gneisenaustraße 2
1000 Berlin 61
Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Editorial

Mit diesem Heft beginnen die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN einen neuen Jahrgang. Dreizehn Jahre ist es her, daß sich einige Leute zusammaten, um Nachrichten aus dem Chile Salvador Allendes zusammenzutragen. Der Putsch der Militärs unter General Pinochet machte aus der Zeitschrift ein Organ der Solidaritätsbewegung mit dem Widerstand in Chile. Und die Entstehung autoritärer Regime in Argentinien, Uruguay, Bolivien, Peru erweiterte diese Solidarität bald auf große Teile Lateinamerikas. Als die Redaktion jetzt darüber nachdachte, ob die runde Nummer 150 dieses Heftes nicht Anlaß zum Feiern sein sollte, besann man sich dieser Geschichte: Richtig gefeiert wird, wenn die Diktatur in Chile (und in Paraguay) gründlich beseitigt ist. Und dieser Tag wird kommen!

In diesen Tagen, in denen wegen des Königs Fußball alle Welt nach Mexiko blickt und lateinamerikanische Länder neben den europäischen Nationen als wahre Großmächte erscheinen, braut sich für die Zeit nach der Weltmeisterschaft in Mexiko ein Gewitter zusammen, dessen Auswirkungen auf Gesellschafts- und Herrschaftsstruktur noch gar nicht zu erahnen sind. Die angestauten Probleme haben ihre Ursache in der Verschuldung, die den herrschenden Klassen eine hemmungslose Bereicherung erlaubt hat, deren Folgekosten jetzt aber den Massen der armen Bevölkerung aufgelastet werden sollen. Die Verschuldung der lateinamerikanischen Länder stellt denn auch einen thematischen Schwerpunkt dieses Heftes dar.

Dabei sind diese Länder längst nicht mehr die größten Schuldner. Die USA haben sie überholt. Sogar DIE ZEIT - die gute alte Tante - schreibt heute: "Der Internationale Währungsfonds verbindet weitere Kredite an die hochverschuldeten Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika mit zum Teil harten wirtschaftspolitischen Auflagen. Warum sollen für das reichste Land der Erde im Prinzip eigentlich andere Regeln gelten, zumal es schon der im Ausland am höchsten verschuldete Mitgliedsstaat des Währungsfonds ist?" Zitat Ende. Ja, warum wohl?

Weil dieses Land nicht nur das reichste, sondern auch das mächtigste ist, und weil dessen Herrschende sich ohne Widerspruch unserer Herrschenden jede Unverschämtheit leisten können. So etwa, wenn US-Außenminister Shultz ohne die Spur eines Beweises erklärt, die entführten Deutschen in Nicaragua seien bewaffnete Kombattanten gewesen. Solange die Arroganz dieser Macht nicht gebrochen ist, wird unsere Solidaritäts- und Informationsarbeit weiter gebraucht werden. Auf zur Nummer 200!

Im Herbst 1982 haben die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ihren eigenen kleinen Buch- und Zeitschriftenvertrieb in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift PERIPHERIE und dem FDCL aufgebaut. Im Herbst 1985 kam die Lateinamerika-Dokumentationsstelle der Gesamthochschule Kassel mit ihrer Schriftenreihe ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN als neuer Partner dazu. Im Mai 1986 konnten wir einen unseren bisherigen Räumen benachbarten Büro- und Lagerraum anmieten und so die Möglichkeit schaffen, die Auslieferung für weitere Verlage zu übernehmen: seit 1. Mai liefern wir die Loseblattsammlungen **Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit** der Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung aus und am 1. Juli beginnen wir mit der Auslieferung der interessanten Bücher des **Latin America Bureau**, London (für die entsprechende Anzeige am Ende des Heftes bitten wir um besondere Aufmerksamkeit), die bisher in der BRD nur schwer erhältlich waren.

Für die Einrichtung unseres neuen Büro- und Lagerraums haben wir einen Zuschuß von **Netzwerk Selbsthilfe**, Berlin erhalten, für den wir uns auch an dieser Stelle bedanken wollen.

NETZWERK 2000



autonom in die zukunft

Netzwerk Selbsthilfe e. V. förderte mit den Beiträgen seiner Mitglieder bisher über 330 Projekte und politische Initiativen — vom Geburtshaus bis zum Tischlerkollektiv — mit mehr als 3,15 Millionen DM.

**In schwarzen Zeiten erst recht:
ein unabhängiger Verein, der Geld gibt, wo andere kneifen.**

NETZWERK SELBSTHILFE E.V., Gneisenastr. 2, 1 Berlin 61

- Ich werde mit einem monatlichen Beitrag von DM Mitglied im Netzwerk. Genaue Unterlagen schickt Ihr mir umgehend zu.
- Ich möchte Informationen über Netzwerk.

Absender:

.....

BRD — NICARAGUA

Opfer als Täter

Als am Samstag vor Pfingsten die Meldung von der Entführung der acht deutschen Brigadisten durch US-finanzierte Contras eintraf, erwischte es die Solidaritätsbewegung auf dem falschen Fuß. Es dauerte einige Tage, bis die ersten Reaktionen kamen. Hinterher wurden Tschernobyl, Wackersdorf, Brokdorf zur Erklärung für die zunächst eher schleppenden Aktivitäten präsentiert. Als am 11. Juni — nach 26 Tagen — überraschend die Freilassung gemeldet wurde, waren aber dann doch eine Vielzahl von Aktionen auf den verschiedensten Ebenen gelaufen, hatte auch das Bundestreffen der Zentralamerika-Komitees in Nürnberg stattgefunden. Die Wirkung: gleich null. Heute ist klar, daß die Solidaritätsbewegung es nicht geschafft hatte, der Bundesregierung, Wischniewski, dem sog. "Krisenstab" und den Medien in der propagandistischen Verwertung der Entführung wirksam etwas entgegenzusetzen. Innerhalb der BRD sah sich die Solidaritätsbewegung in der Rolle des Zuschauers bei einem Wettbewerb zwischen SPD und Bundesregierung um das schönste Profil im Geschäft der Geiselbefreiung.

Ein Grund mag tatsächlich die Konkurrenz anderer politischer Inhalte im Zeitraum der Entführung gewesen sein, ein anderer die Fehleinschätzung von Ziel und politischem Charakter der Entführung seitens der Solidaritätsbewegung. Entscheidend aber war — und dies war das qualitativ Neue im Vergleich zu den Entführungen von I. Conradi und R. Schmemann im vergangenen Jahr —, daß die Offensive in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit diesmal von den Gegnern Nicaraguas eröffnet wurde, und das in einer nie dagewesenen Intensität, Offenheit und Schärfe. Von Anfang an wurden statt der Contras die Brigadisten und die FSLN-Regierung unter Beschuß genommen, die Opfer zu Tätern gemacht. Ziel der Operation: der Rückzug der internationalen Brigaden sollte erreicht und die Legitimation der Solidarität mit dem sandinistischen Nicaragua in Frage gestellt werden.

Schon früh wurde diese Strategie klar: Während bis heute seitens der Bundesregierung jegliche Aufforderung zu Sanktionen gegen die Entführer fehlt, kam postwendend mit der Nachricht von der Besetzung der deutschen Botschaft in Managua mit größtem Mediengetöse das Verdikt gegen die Besetzer: "Ein schwerwiegender Bruch des Rechts." (Bundesaußenministerium) Die Heftigkeit überraschte zunächst, bestimmte aber von vornherein die Fragestellung der Artikel in den folgenden Tagen und Wochen: Welche propagandistischen Zwecke und politischen Ziele verfolgen die Brigaden? Von "verblendeten Politpilgern" (BNN) und ideologischen Sturmtruppen der San-

dinisten (Bonner Rundschau, 21.5.) war die Rede, von "Helfern über Unterdrückungs-Herren" (FAZ, 21.5.). Das Fazit war schnell gezogen: Hier wird "politisches Engagement" von den "Organisatoren" "mißbraucht" (NRZ, 22.5.). Gemeint ist das Infobüro Nicaragua, das "verborgene Geldquellen" habe und "gute Kontakte zur orthodoxen Linken" unterhalte, Leute "anwerbe" und "über Ost-Berlin und Moskau" verschicke. Sogar Kirchensteuergelder würden für "tätige Revolutionshilfe" verwendet.

Was hier transportiert wurde, war der Ruch geheimer Machenschaften im Dienste Moskaus und der DDR, in deren Interesse "größter Idealismus" ausgenutzt werde. Die Spitze des Angriffs richtete sich aber nicht gegen die namenlosen Brigadisten, sondern gegen die "treibende Kraft" der "Hilfe für eine kommunistische Diktatur": Senator Henning Scherf und andere "Internacionalistas mit bekannten Namen": Greinacher, Sölle, Grass usw. Mit diesen Namen beantwortete sich beispielsweise die WELT die selbstgestellte Frage: "Wer ließ die Botschaftsbesetzer nach Managua kommen?" Die anderen Drahtzieher der Aktion sollten die Sandinisten selber gewesen sein - "Bonner Regierungskreise vermuten, daß die nicaraguanische Regierung an der Organisation der Besetzung beteiligt war." (Welt, 23.5.)

Mit dem Hinweis auf die angebliche Bewaffnung (mit sowjetischen AK-47, versteht sich) und Uniformierung der Brigadisten, die sich aber "widerstandslos gefangennehmen ließen", und der Unterstellung, die Sandinisten könnten die Entführten ermorden wollen, hatte ein Teil der Presse die totale Uminterpretation der Situation bereits nach wenigen Tagen komplett. Tenor: Marxistisch-leninistisches Nicaragua inszeniert Gefangennahme international angeworbener Hilfstruppen durch Rebellen gegen das totalitäre Regime als Geiselnahme westdeutscher Terroristen, um Aufsehen zu erregen.

Wenn sich diese Version auch nicht überall durchsetzte, so wurde damit doch erreicht, daß die Medien über den alltäglichen Terror der Contras in Nicaragua kaum ein Wort verloren; damit geriet außerdem die Brigadenarbeit in die publizistische Defensive. (Das Bundestreffen der Zentralamerikagruppen vom 6. bis 8.6., das sich angesichts der Entführung ausgiebig mit dem Brigadenthema beschäftigte, wurde in der gesamten Presse nicht erwähnt.)

Der Gewinner des Medienspektakels steht dagegen jetzt schon fest: die Contra, genauer gesagt die FDN. Schon seit einigen Wochen machte die FDN mit Hilfe ihrer neugegründeten politischen Vorzeigeorganisation, der UNO (Unión Nacional Opositora), die z. Zt. in allen westeuropäischen Hauptstädten "diplomatische" Vertretungen eröffnet, große Anstrengungen, sich als politische Exilopposition im Widerstand zu profilieren. Die Entführung der Brigadisten, ob geplant oder nicht, reihte sich durch den Verlauf, den die Medienkampagne nahm, entgegen den ersten Erwartungen in diese Aufwertungsstrategie ein. Im Gegensatz zu denen der nicaraguanischen Regierung waren ihre "Verlautbarungen" von FAZ bis FR und TAZ plötz-



Besetzung des Bundeshauses am 22.5.1986

lich zitierfähig. Selbst der "Krisenstab" präsentierte den Angehörigen der Verschleppten FDN-Meldungen als "Nachrichten" und "Informationen zur Lage" sowie als "Lebenszeichen" der Entführten.

Die Organisation, die bisher in weiten Teilen der Presse als Soldateska gegolten hatte und als politische Kraft nicht erwähnt wurde, verfügte nun nach Presseansicht über eine "politische Leitung" mit politischem Programm und "verhandelte" mit Bundesregierung, Wischnewski und US-Regierung. Nach zwei Wochen kannte jeder, der die Ereignisse verfolgte, einen gewissen Frank Arana als "Presse-sprecher der FDN", der sich in bundesdeutschen Medien auf breitem Raum darüber beklagen durfte, daß die FDN die Geiseln freilassen wolle, die Sandinisten aber die Verhandlungen verschleppten. In der Frankfurter Rundschau konnte er fordern: "Alle westlichen Länder" sollen "ihre Staatsbürger" von Reisen nach Nicaragua abhalten, denn: "Internationalisten, die die sandinistische Tyrannei unterstützen, drohen große Gefahren, wenn sie in Zonen reisen, in denen wir operieren."

Dies wurde sofort durch die Bundesregierung - vertreten durch BMZ-Minister Warnke - aufgenommen: Alle Internationalisten, die in Nicaraguas Kriegsgebiete reisten, müßten in Zukunft - und schon seit langem - davon ausgehen, daß ihnen "solche Sachen" passieren könnten. Nachdem Genscher dann in der Bundespressekonferenz nach der

Freilassung der Entführten ebenfalls dazu aufgefordert hatte, keine neuen Brigadisten in Kriegsgebiete zu schicken, hakte Warnke in der Panorama-Sendung am 17.6. nach: Es sei "unverantwortlich", daß Wischnewski sich nicht dagegen ausspreche, daß weiterhin Brigadisten nach Nicaragua fahren. Die SPD unterstütze die nicaraguanische Revolution.

Dies war nicht nur eine Retourkutsche für die Hereinziehung der als "persönliche" humanitäre Hilfe für die Angehörigen der Verschleppten deklarierte Mission Wischnewskis in den Vorwahlkampf. Die Bundesregierung hat - wie jede bürgerliche Regierung, die ihr Handwerk versteht - ihre Staatsbürger im Ausland wieder einmal dazu benutzt, um die Ziele ihrer imperialistischen Außenpolitik - in diesem Fall gegenüber Nicaragua - zu erreichen: die FDN und ihre Option - militärische Zerschlagung der nicaraguanischen Revolution - wurde aufgewertet und die internationale Öffentlichkeit in diesem schmutzigen Krieg - wie sie über die Brigaden hergestellt wird - angegriffen.

Die Bundesregierung hat mit Hilfe der großen Mehrheit der Medien und durch das Warten auf den atlantischen Partner dafür gesorgt, daß die Situation der Verschleppten fast eskaliert wäre. Durch die Behauptung, die FDN stelle keine Forderungen, stellte sie die Ablehnung der Übergabebedingungen durch die Sandinisten als unverantwortlich und lebensbedrohlich für die Entführten dar. Tatsächlich stellten die Bedingungen der Contras - zunächst Übergabe in Managua mit freiem Abzug, dann die Entmilitarisierung eines Gebietes von 2 500 qkm - die eigentlichen Forderungen dar. Sowohl die erste - wegen des Propagandaspektakels für die FDN und vor allem wegen der damit verbundenen öffentlichen Anerkennung der FDN als kriegsführende Partei - als auch die zweite - wegen der Gefahr der Schaffung eines "befreiten" Gebietes" - waren für die FSLN unannehmbar. Tatsächlich hatte die FDN zwei Tage vor der Freilassung unter dem Schutz des ausbedungenen Waffenstillstandes 300 bis 400 Söldner zusammengezogen und war dabei, die Entführten auf diese Einheiten zu verteilen. Dadurch entstand die Gefahr, daß die Contras unbehelligt gegen die Bevölkerung der Region vorgehen könnten und zudem die Möglichkeit, daß ihnen - unter Berufung auf die Existenz eines "befreiten Gebietes" - rasch US-Hilfe gewährt würde. Deshalb drohte die FSLN in einem auf 24 Stunden befristeten und dann nochmals um 24 Stunden verlängerten Ultimatum die Bombardierung der FDN-Einheiten an. Wäre es dazu gekommen - mit allen vorstellbaren Konsequenzen für die Verschleppten -, wäre in der internationalen und vor allem bundesdeutschen Öffentlichkeit die Verurteilung der FSLN bereits organisiert gewesen, vorbereitet vor allem durch die ständigen Appelle an die FSLN (und nicht die Contras) das Leben der Entführten zu respektieren.

Daß es dann doch zu der Freilassung kam, scheint an einem seidenen Faden gehangen zu haben. Zwei Faktoren waren dabei im Spiel. Zum einen war die FDN-Einheit mit den Verschleppten überraschend von



Ben Wisch und Ortega bei einem Beratungsgespräch, drei Tage vor der Freilassung der acht verschleppten Brigadisten

einer Spezialeinheit des Sandinistischen Volksheeres aufgespürt worden, zum anderen hatte sich die Bundesregierung 36 Stunden vor der Freilassung - also erstunter dem Druck des Ultimatums durch Daniel Ortega - zu einem Telefonat mit der obersten Leitung der Contras, der US-Regierung, durchgerungen. Shultz soll sich Genscher gegenüber bereit erklärt haben, etwas zu unternehmen. Was nun genau die Freilassung ausgelöst hat, läßt sich nicht feststellen. Sicher ist nur, daß es der Bundesregierung leichter fällt, das Leid und die Angst "ihrer" Staatsbürger zu verlängern, als Druck auf die US-Regierung auszuüben.

Für die US-Regierung waren die Brigadisten übrigens "Kombattanten". Diese Sprachregelung zielt auf die innenpolitische Auseinandersetzung in den USA angesichts der von Reagan beantragten 100 Millionen \$ für die Contra. Die Söldnerinvasion soll die "Reputation" eines regulären Krieges erhalten und darüberhinaus die moralische Legitimation des Kampfes von Exilnicaraguanern gegen ein Regime, das sich auf ausländische Kampfeinheiten stützt, verliehen bekommen.

Auch diese "Legalisierung der Verschleppung", die im Rahmen der Bemühungen steht, Nicaragua als ein von internationalen "Terroristenbanden" gestütztes und ihnen Unterschlupf gewährendes Land darzustellen (Iraner, Kolumbianer, ETA-Mitglieder, "Baader-Meinhof-Terroristen" wurden bereits in Nicaragua ausgemacht ...), ließ die Bundesregierung unwidersprochen.

Dem widersprach nur Wischnewski, der davon profitierte, daß die Bundesregierung sich nicht traute, die USA zu denunzieren. Aber auch er - wie alle beteiligten "humanitären Helfer" in dieser Affaire - hatte seine politischen Sonderinteressen im Koffer. Ob es ihm gelungen ist, den Sandinisten für seine Dienste Gegenleistungen abzurufen, wird der Verhandlungsvorschlag der Sandinisten in der nächsten Runde der Contadora-Verhandlungen zeigen.



CHILE

Angriff auf das Soli-Vikariat

Seit Beginn der Militärdiktatur steht die Katholische Kirche in Chile auf der Seite der Verfolgten und Unterdrückten. Aus dem unmittelbar nach dem Putsch von 1973 ins Leben gerufenen ökumenischen Friedenskomitee entstand 1976 das Solidaritätsvikariat als Einrichtung des Erzbistums Santiago. Seit Jahren leistet die "Vicaría de la Solidaridad" humanitäre und Menschenrechtsarbeit: ihre Rechtsabteilung übernimmt die Verteidigung politisch Verfolgter, Ärzte bieten den Opfern der Repression erste Hilfe, die politischen Häftlinge werden unterstützt, den Ärmsten der Armen wird materiell unter die Arme gegriffen.

Daß diese Arbeit der Vicaría nicht im Sinne des Regimes sein kann, liegt auf der Hand. Dennoch hat Pinochet bisher ein allzu beherztes Vorgehen gegen diese kirchliche Institution vermieden, nicht zuletzt weil dies unweigerlich eine auch für ihn nicht ganz ungefährliche Auseinandersetzung mit der Katholischen Kirche bedeutet hätte. Seit Ende April scheint sich dies nun geändert zu haben: das Regime fährt den bisher heftigsten Angriff auf das Solidaritätsvikariat, Bischöfe werden von Pinochet und seiner Frau attackiert, ein Vikar wurde kürzlich sogar vor einer Kapelle verhaftet. Und all dies knapp ein Jahr vor dem geplanten Chile-Besuch des Papstes.

Es begann am 28. April dieses Jahres. Bei einem Überfall auf eine Bäckerei in Santiago kam es zu einem Schußwechsel, bei dem ein Räuber und ein Polizist starben, so die offizielle Version. Wenige Stunden später stellt sich im Solidaritätsvikariat ein junger Mann mit dem Namen Hugo Gómez vor und bat um juristische und ärztliche Hilfe. Er hatte einen Steckschuß im Gesäß, den er nach seinen Angaben als Passant bei einer Schießerei zwischen Polizisten und Zivilisten abbekommen hatte.

Ein Arzt der Vicaría überwies Hugo Gómez an die Chiloé-Klinik, mit der ein Vertrag über die medizinische Versorgung von Verletzten besteht, die im Solidaritätsvikariat um Unterstützung bitten.

Hugo Gómez, der noch am selben Abend aus dem Krankenhaus entlassen wurde, war vom Anwalt der Vicaría mehrfach aufgefordert worden, sich auf jeden Fall am nächsten Tag in der juristischen Abteilung vorzustellen, um Anzeige wegen der von ihm erlittenen Verletzung zu erstatten. Gómez hatte wiederholt bestritten, an dem Überfall auf die Bäckerei beteiligt gewesen zu sein; später stellte sich heraus, daß die betroffenen Bäckerei dem Vater seiner Lebensge-

fährtin gehört, was ihn auch nicht gerade der Tat verdächtiger erscheinen läßt.

Hugo Gómez kam jedoch nicht wieder zu Solidaritätsvikariat zurück. Bei der Polizei galt er als flüchtig, was entweder ein Eingeständnis der eigenen Unfähigkeit - schließlich waren seine Wege zur Vicaría und in die Chiloé-Klinik sehr genau verfolgt worden, wie sich herausstellen sollte - oder schlichtweg falsch ist.

Am 30. April erschienen mitten in der Nacht einige Polizisten vor dem Haus des Arztes Ramón Rojas, der Gómez in der Chiloé-Klinik behandelt hatte: Unter dem Vorwand, das Krankenhaus stünde gerade in Flammen, wurde er regelrecht entführt, ähnlich wie der Krankenpfleger Claudio Muñoz und der Klinikleiter Alvaro Reyes. Am selben Morgen wurde das Krankenhaus von den Carabineros durchsucht und dabei die Akten von den immerhin rund 3.000 Patienten beschlagnahmt, die vom Solidaritätsvikariat überwiesen worden waren. Dies war offenbar ein lang ersehnter Schlag des Regimes.

Doch damit nicht genug. Kurz darauf wurden der Rechtsanwalt Gustavo Villalobos und der Arzt Ramiro Olivares vom Solidaritätsvikariat festgenommen. Allen Verhafteten, die bis heute im Gefängnis sitzen und gegen die mittlerweile Verfahren vor Militärgerichten eingeleitet wurden, wird vorgeworfen, gegen die von der Regierung verfügte Informationspflicht bei der Feststellung von Vergiftungs- oder Verbrechenzeichen bei von ihnen behandelten Patienten verstoßen zu haben. Daß diese Bestimmung dem Berufsgeheimnis sowohl



Aus Solidarität mit Ramiro Olivares und Gustavo Villalobos fand am 27. Mai eine Demonstration vor der Vicaría de la Solidaridad statt

von Medizinerinnen als auch von Anwälten zuwiderläuft, scheint die chilenische Regierung nicht zu stören. Ihr geht es darum, die betroffenen Ärzte bzw. Juristen zu kriminalisieren und der Zusammenarbeit mit Terroristen zu bezichtigen; so lautet die Anklage auf Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung. Das entscheidende Ziel ist es dabei, Menschenrechtsorganisationen wie das Solidaritätsvikariat oder sie unterstützende Institutionen wie die Klinik zu diskreditieren und letztlich zu beseitigen.

Doch damit hört die undurchsichtige Geschichte keineswegs auf. Am 12. Mai tauchte plötzlich Hugo Gómez auf, und zwar in einem äußerst kritischen gesundheitlichen Zustand: Er hatte Fieber, war völlig ausgetrocknet und geistig verwirrt; zudem zeigten seine Venen eine Vielzahl von Einstichen und er schien unter Drogen zu stehen. Sein Zustand war medizinisch nicht auf Komplikationen aufgrund der Schußverletzung zurückzuführen.

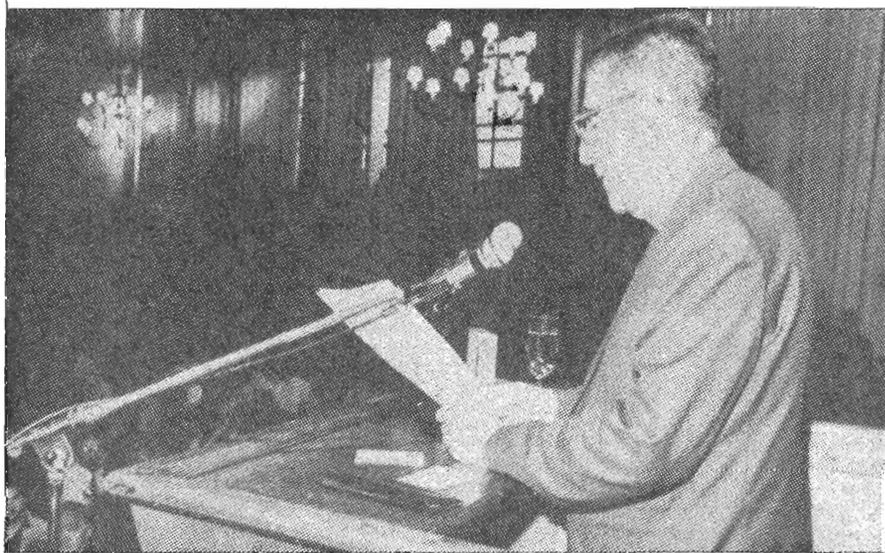
Die Ungereimtheiten in diesem Fall gingen und gehen jedoch weiter. Obwohl Gómez doch als flüchtig gemeldet war, hatte die Polizei keinerlei Eile, ihn dort abzuholen, wo er wieder aufgetaucht war. Später wurde dann beobachtet, daß Hugo Gómez offenbar von einer besonderen Polizeiabteilung gefangen gehalten wurde. Besonders eigenartig ist sein Verhalten bei Gegenüberstellungen, teilweise schimpft er wüst auf die Polizei, dann wieder verstrickt er sich in seinen Anschuldigungen gegen die verhafteten Ärzte und Anwälte in Widersprüche, und schließlich "beschuldigt" er verschiedene Leute, ihn versteckt zu haben. Der Fall ist also völlig undurchschaubar und entbehrt jeder nachvollziehbaren Logik. Solange sich das Verhalten des Militärstaatsanwaltes, das durch Untätigkeit gekennzeichnet ist, nicht ändert, wird allerdings auch kein Licht in diese Sache dringen.

ERMITTLUNG GEGEN DIE VICARIA

Die einzige Logik, die zu erkennen ist, kann nur der ernsthafte Versuch des Regimes sein, den Überfall auf die Bäckerei und den Tod des Polizisten Tobar zu einer Ermittlung gegen das Solidaritätsvikariat auszunutzen. Lange Zeit schwebte die Gefahr einer Haussuchung und der Verhaftung des Leiters der juristischen Abteilung, Alejandro González, in der Luft, so weit waren die Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Regime noch nie getrieben worden. Letztlich ist sogar der stellvertretende Vikar der Westzone von Santiago festgenommen worden, an einem so hochstehenden Vertreter der Kirchenhierarchie hatte sich die Polizei bisher noch nicht vergriffen.

Mitten in die Kampagne gegen die Vicaría fiel die Verleihung des königlich-spanischen Freiheitspreises Principado de Asturias. Aufgrund der Umstände geriet die Preisverleihung zu einer Solidaritätsbekundung mit der Vicaría, an der immerhin sieben Botschafter und andere Vertreter aus dem Ausland teilnahmen. Nicht anwesend waren allerdings die führenden Vertreter der Kirchenhie-

rarchie: Altkardinal Silva fehlte wegen Krankheit, Kardinal Fresno verzichtete als oberster Dienstherr auf eine Teilnahme und untersagte gleichzeitig den meisten seiner Vikare, bei der Feierlichkeit anwesend zu sein. Mit dieser Maßnahme das Regime besänftigen zu wollen macht eigentlich wenig Sinn, zumal sich der Kardinal offener mit dem Regime auseinanderzusetzen beginnt. Schließlich führt Juan Fresno seit Wochen eine Auseinandersetzung mit dem Regierungssprecher in Ministerwürden, de la Cuadra, von dem er sich mehrfach hinter das Licht geführt fühlt. So hatte ihm dieser vor jenem denkwürdigen Treffen mit Pinochet am 10. März ausdrücklich zugesagt, daß keinerlei Presse anwesend wäre; wichtigstes Thema des Gespräches war die Steuerfreiheit für Spenden aus Anlaß des Papstbesuches. Entgegen der Abmachung öffneten sich mitten in der Unterhaltung bei einer Tasse Tee die Flügeltüren im Moneda-Palast und eine Horde von Reportern lichtetete das offenbar in großer Herzlichkeit geführte Gespräch ab. Fresno zog sich damals den Unwillen der gesamten chilenischen Opposition zu, weil das vermeintlich tumbe Entgegenkommen gegenüber Pinochet just in die Anfangsphase der zunehmenden Massenmobilisierung fiel. Daß Fresno dies erst zwei Monate später öffentlich bekanntgab, ist weniger überraschend als die Tatsache, daß er es überhaupt getan hat. Ein entscheidender Grund dafür ist zweifellos im momentan verstärkten Druck auf das Solidaritätsvikariat zu sehen. Dies ist jedoch nicht notwendigerweise ein Widerspruch zu seiner ansonsten bisher reaktionären Politik, die ja nicht zuletzt auch in Rom mitbestimmt wird. Denn

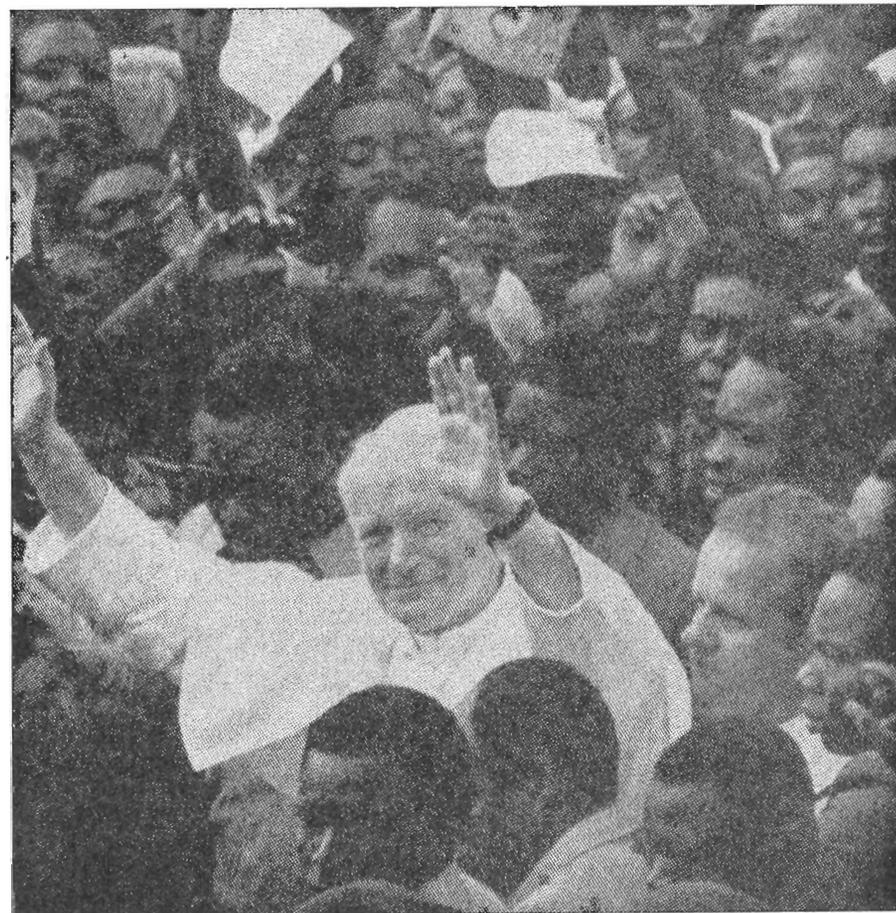


Solidaritätsvikar Santiago Tapia bei der Preisverleihung: die Bestimmungen einer Regierung, die die Menschenrechte verletzt, sind nicht verpflichtend. Ein unüberhörbarer Aufruf zum zivilen Ungehorsam aus dem Mund eines Kirchenvertreters

als Beweis für die Abwendung Fresnos von der ihm sicherlich von je her nicht so ganz geheuren Vicaría kann sein Verhalten bei der Preisverleihung nicht herangezogen werden. Sowohl wenige Tage vor als auch kurz danach zelebrierte er dort zum Ausdruck seiner Solidarität mit der Menschenrechtsorganisation eine Messe. Ein Angriff auf die Vicaría ist trotz aller ideologischer und politischer Vorbehalte nicht zuletzt auch ein Angriff auf die chilenische Kirche als Ganzes.

DER PAPSTBESUCH

Der Zeitpunkt dieser Attacke mag auf den ersten Blick überraschen, schließlich ist für Anfang April 1987 der Besuch von Papst Johannes Paul II. in Chile angekündigt. Nach außen bezeichnet Pinochet



Kann Papst Johannes Paul II. in Chile ähnliche Veränderungen bewirken wie zuvor in Haiti und auf den Philippinen

das Oberhaupt der Katholischen Kirche als willkommenen Gast, vor kurzem wurde im Vatikan auch die offizielle Einladung überreicht. Dennoch scheint der chilenische Diktator die Konsequenzen des hohen Besuchs aus Rom zu fürchten. Während "Ruhe und Ordnung" beim Kennedy-Besuch zu Beginn dieses Jahres noch einigermaßen leicht aufrechterhalten werden konnte, fiel die Repression der Demonstrationen aus Anlaß des internationalen Parlamentarier-Treffens schon wesentlich schwerer. Die Prügel und Tränengasbomben, die in Anwesenheit in- und ausländischer Volksvertreter noch einsetzbar waren, dürften auch Herrn Pinochet vor den Augen des Heiligen Vaters inopportun erscheinen. Die Wogen, die der Papstbesuch im katholischen Chile schlagen dürfte, könnten auch für den Diktator mit der eisernen Faust schwer zu glätten sein. Man darf nämlich nicht vergessen, daß Johannes Paul II. vor nicht allzu langer Zeit auch in Haiti und auf den Philippinen war. Die aggressive und bislang unnachgiebige Politik des Militärregimes gegenüber dem Solidaritätsvikariat macht zum heutigen Zeitpunkt nur Sinn, wenn man sie als Versuch Pinochets interpretiert, den Papstbesuch im kommenden Jahr doch noch zu verhindern. Politische Beobachter gehen davon aus, daß er dazu im Notfall sogar auf die erneute Verhängung des verschärften Ausnahmezustands zurückgreifen würde. Ob das erforderlich sein wird, hängt wesentlich von der Entwicklung der Auseinandersetzung mit der chilenischen Kirche ab.



"Der Mensch lebt nicht vom Brot allein -
bueno, Pablo, das habe ich schon begriffen ..."

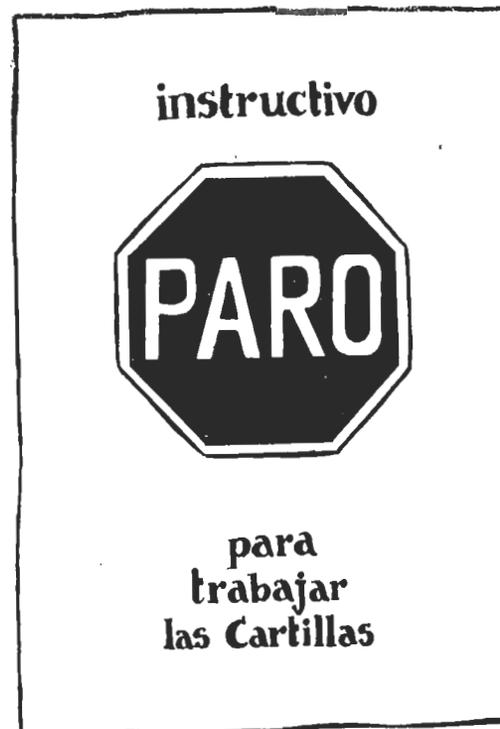
ANLEITUNG ZUM STREIK

Für Anfang Juli ist in Chile nun die landesweite Streikbewegung geplant, die bereits seit Ende des vergangenen Jahres angekündigt worden war. In der ersten Hälfte des vermeintlich "entscheidenden Jahres 1986" konnte die chilenische Opposition keine durchschlagenden Erfolge verbuchen, auch wenn sowohl im Einigungsprozeß als auch in der Massenmobilisierung zweifellos Fortschritte zu erkennen sind.

Daß Pinochet nichts unversucht lassen wird, auch diese Protest- und Streikaktion zu unterbinden, liegt auf der Hand. Der Grund dafür ist nicht zuletzt in dem starken Engagement der "Asamblea de la Civilidad" (Bürgerversammlung) in der Streikvorbereitung zu suchen, des bisher umfassendsten Zusammenschlusses in der chilenischen Opposition. Ein entscheidender Gradmesser für die weitere Arbeit einer solchen Organisation

ist immer der Erfolg ihrer ersten Aktion; ein Scheitern des "Paro Nacional" am 2. und 3. Juli (nach bisheriger Ankündigung) würde die politische Zukunft der "Asamblea" erheblich in Frage stellen.

Folgerichtig sind auch die Organisatoren der Streikbewegung an einer guten und effektiven Vorbereitung der Aktionstage interessiert. Seit einigen Wochen zirkuliert in Chile eine Art Streikfibel, die in Form kleiner, thematisch gegliederter Heftchen in Basisgruppen als Anleitung zur Streikvorbereitung benutzt werden soll. Im einleitenden Heft, auf dem wie auf allen nachfolgenden das zum Streikaufruf umgebildete Stoppschild prangt, werden grundlegende Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung eines Streiks und ein Überblick über die Themen der verschiedenen Hefte gegeben.



In Anlehnung an das "Pare" auf den chilenischen Verkehrsschildern wurde das Stoppschild zum Symbol für den "Paro Nacional", die landesweite Streikbewegung.



N°2 Von guten Protesttagen zu guten Streiks!

Cartilla N°2



N° 3 Was wird das Volk wollen ...?



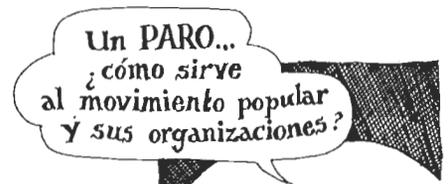
N° 4 Wer nicht plant, wird verplant!



N° 5 Drei Augenblicke zum Handeln.



N° 6 Sag! mir, wie du mitmachst, und du weißt, wie's dir gehen wird!



es conveniente que yo participe en un Paro?

es conveniente que mi organización participe en un Paro?

¿ayuda a mi organización?

¿la perjudica?

¿se refuerza el Movimiento Popular?



DER STREIK GEHT AB!

Mit kollektivem Engagement und individueller Verantwortung gehen wir zur landesweiten Streikaktion.

Wie dient ein STREIK der Volksbewegung und ihren Organisationen?
 Ist es angebracht, daß ich bei einem Streik mitmache?
 Ist es angebracht, daß meine Organisation bei einem Streik mitmacht?
 Hilft er meiner Organisation?
 Bringt er Nachteile für sie mit sich?
 Wird die Volksbewegung dadurch stärker?



Vom Streik zum landesweiten Ausstand!

VERSCHULDUNG

Ausblick vom Schuldenberg

Einleitend zu den folgenden Artikeln sollen hier einige Grunddaten zur wirtschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas zwischen 1980 und 1985 genannte werden. Die Zahlenangaben entstammen vornehmlich aktuellsten Veröffentlichungen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika, CEPAL.

- 1) Aufgrund der hohen Zinslast fließen aus Lateinamerika jährlich riesige Summen in die reichen Länder, ohne daß die Verschuldung sinkt. Es sind bei weitem höhere Summen als nach Lateinamerika fließen. Damit ist Lateinamerika zum Netto-Kapitalexporteur geworden und die Verschuldung steigt weiter an.
- 2) Die Erwirtschaftung von Devisen, die zur Zinszahlung von den internationalen Finanzorganisationen diktiert wird, erfolgt nicht durch die Exportsteigerung - diese kann gerade den Preisverfall für die traditionellen Exportprodukte auf dem Weltmarkt auffangen -, sondern durch radikale Drosselung der Importe. Beides - Exportsteigerung und Importdrosselung - hat für die Entwicklung der lateinamerikanischen Länder, für die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln und die wirtschaftliche Entwicklung verheerende Folgen. Aus den offenen Adern Lateinamerikas fließen weiterhin Kapital und Produkte ins reiche Ausland.

Zu 1) Die Bruttoauslandsverschuldung Lateinamerikas erreichte Ende 1985 nach Schätzungen der CEPAL 368 Mrd. US-Dollar. Da seit Jahren keine Schulden getilgt werden können, leben die Gläubiger von den Zinsen - und dies nicht schlecht: Die Zinsleistungen Lateinamerikas an das Ausland betragen 1985 35,1 Mrd. US-Dollar (1984: 36,1 Mrd. US-\$). Woher stammt dieses Geld? Nur 4,7 Mrd. US-\$ stammen aus Netto-Kapitalzuflüssen und Investitionen, also aus neuen Krediten. Die restlichen 30,4 Mrd. US-\$ flossen 1985 aus Lateinamerika heraus. Damit flossen zwischen 1982 und 1985 106,3 Mrd. US-\$ aus Lateinamerika heraus, während die Neuverschuldung im selben Zeitraum rund 40 Mrd. US-\$ betrug, die auch teuer verzinst werden müssen.

Zu 2) Lateinamerika hat seine Exporte zwischen 1980 und 1985 mengenmäßig um 24% gesteigert. Diese Exportsteigerung bedeutet, was die Landwirtschaft angeht, ein immer stärkeres Umstellen auf große Monokulturen wie Kaffee, Baumwolle, Früchte, Fleisch und den Verlust von Nahrungsmitteln für den eigenen Verzehr. Dies drückt sich vor allem in der wachsenden Inflation von durchschnittlich 328% (1985) aus. Eine Entwicklung, die von zeitweiligen Lohnerhöhungen in keinster Weise aufgefangen wird. Zugunsten der Exportsteigerung

steigt der Hunger. Diese Exportsteigerung ist aber allein dafür nötig, um das Sinken des Exportwertes auszugleichen. Denn die terms of trade - die Austauschrelationen von Import- und Exportpreisen - sind seit 1980 um 16,5% gefallen. (Das bedeutet, daß man, um beispielsweise den Wert eines Traktors zu erzielen, den man importieren will, heute 16,5% mehr eigene Produkte exportieren muß als 1980.) Obwohl Lateinamerika 1985 24% mehr exportiert als 1980, ist der erzielte Exporterlös gerade 3% mehr als 1980. Um die Devisen zur Zinszahlung erwirtschaften zu können, muß der Import gedrosselt werden. Bei nahezu stabilen Preisen für die Importe (1980 - 1985: -1%) sanken die Einfuhren nach Lateinamerika mengenmäßig um 44%.

Gleichzeitig, während die Regierungen Lateinamerikas unter dem Diktat des Internationalen Währungsfonds und des kapitalistischen Bankensystems die Völker des Kontinents rigorosen Sparprogrammen unterwerfen, um den Auslandsforderungen pünktlich nachzukommen, fließt auch und vor allem Kapital aus der Privatwirtschaft aus den Ländern ab. Zu einem nicht unerheblichen Anteil findet sich dieses in den Bilanzen der lukrativsten Finanzplätze - allen voran des US-Bankensystems - wieder. So weist die Vermögensbilanz für 1983 unter der Rubrik "US-Verbindlichkeiten gegenüber privaten Gläubigern aus Lateinamerika" die Summe von 161 Mrd. US-\$ aus. Lediglich rund 13 Mrd. \$ entfallen dabei auf Direktinvestitionen oder andere Kapitalbeteiligungen an US-Unternehmen. Die übrigen 144 Mrd. \$ waren 1983 in Wertpapieren des US-Finanzministeriums angelegt und finanzierten damit direkt den Rüstungshaushalt der Reagan-Administration oder begünstigten sich als Spareinlagen im Bankensystem mit den hohen Zinsen.

Daß die Kapitalflucht auch 1985 unvermindert anhielt, legen Schätzungen der Cartagena-Gruppe nahe. Derzufolge belief sich der Netto-Kapitaltransfer - also die Kapitalsumme, die 1985 aus Lateinamerika herausgeflossen ist, abzüglich des Kapitalzustroms - auf rund 65 Mrd. US-\$ (Tagesspiegel, 18.12.85).

Zusammenfassend läßt sich also sagen: Lateinamerika exportiert immer mehr zu Lasten des Binnenmarktes und hält dadurch gerade den gleichen Exportwert, da die Exportpreise fallen. Durch die Senkung der Importe können Devisen erwirtschaftet werden. Diese genügen aber nicht einmal zur Zinszahlung der Auslandsschulden. Es müssen neue Kredite aufgenommen werden. Die reichen Länder erhalten für ihre Produkte einen immer höheren Gegenwert an Produkten Lateinamerikas und hohe Zinszahlungen, außerdem können sie die Abhängigkeit Lateinamerikas durch neue Kredite mit neuen Zinsen vergrößern. Das Ausland - in erster Linie die USA - diktiert die Zinspolitik und unterbindet damit eine eigenständige Wirtschaftspolitik der Länder Lateinamerikas, die auf immer neue Kredite angewiesen sind. Letzten Endes provoziert die Hochzins- und Rüstungspolitik der US-Regierung eine gewaltige Kapitalflucht, an der sie profitiert und die, den ohnehin schon vollständig ausgepowerten Ökonomen Lateinamerikas zusätzliche Ressourcen entzieht.

Vom »Geist der Einheit«

In dem vor rund zwei Jahren erschienenen Buch "Cataclysm" (deutscher Titel: "Das Mexiko-Syndrom") versucht der Autor, William Clark, eine in naher Zukunft angelegte Polit-Fiktion über die mögliche Entwicklung der Schuldenkrise zu entwerfen. Dabei geht er der Frage nach, was geschehen könnte, wenn sich die Schuldnerstaaten zu radikalen, sprich einseitigen Schritten entschließen würden. Sein Szenario ist düster, nicht aber ohne Sympathie und Verständnis für die Schuldnerländer. So ist denn auch dieses politische Testament (William Clark starb im letzten Jahr) des langjährigen Vizepräsidenten der Weltbank und Mitinitiators der Nord-Süd-Kommission, als Mahnung an die Mächtigen, vornehmlich in den Industrieländern zu verstehen.

Ausgangspunkt der Handlung ist die Jahreshauptversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im September 1987. Dort nämlich läßt Clark den (Roman-)Staatspräsidenten Mexikos Doménico Madrileno vor der versammelten Bankenwelt verkünden, daß seine und alle die in seiner Gefolgschaft stehenden Regierungen verschuldeter Staaten fortan keine Schuldendienstzahlung leisten werden, bis es zu einer einvernehmlichen politischen Lösung zwischen Nord und Süd käme.

Im Folgenden soll es nicht darum gehen, ob und welchem Maße das im Buch anschließende Untergangsszenario realistisch ist, sondern um die Entwicklung an der "Schuldnerfront" und die Frage, welche Handlungsposition die Schuldnerländer in dem "Schuldendialog" heute einnehmen können. Dies vorweg: In einem ist William Clark deutlich zuzustimmen: Die entscheidende Rolle im Schuldenpoker spielt heute Mexiko!



Wir -
natürlich sind
wir unabhängig

Während im Verlauf der ersten Zahlungskrise im Herbst 1982 die lateinamerikanischen Regierungen Verhandlungen über Umschuldung und zukünftige Wirtschaftspolitik weitgehend stillschweigend hinter verschlossenen Türen führten, sehen sich die Politiker seit Beginn der politischen Demokratisierung in einigen Ländern Lateinamerikas mehr und mehr der Kontrolle von Massenorganisationen und verschiedensten pressure-groups ausgesetzt. So konnte es sich bisher kaum eine Partei leisten, die Verschuldung nicht zu einem, wenn nicht dem zentralen Thema ihres Wahlkampfes zu machen. Bisher hat aber lediglich Alan García für Peru über die üblichen Appelle an die Adressen der kapitalistischen Finanzwelt hinaus tatsächlich einseitige Maßnahmen angekündigt.

Gleichzeitig mit den nationalen Auseinandersetzungen gewann die Verschuldung auch auf gesamtlateinamerikanischer Ebene an Bedeutung. So fanden im Sommer letzten Jahres zahlreiche Gewerkschafts- und Bauernverbände, Vertreter von Parteien und kirchlichen Gruppen in Havanna erstmalig international Gehör für die, ihrer sozialen Lage am ehesten entsprechenden Forderung nach einem generellen Schuldenmoratorium.

Auf Regierungsebene wollte sich in Lateinamerika selbstredend niemand diese Position zueigen machen. Dennoch war sich der argentinische Staatspräsident Raúl Alfonsín, noch während die internationale Presse eine Welle plattester Demagogie über die Kuba-Konferenz ergoß, nicht zu schade, die politische Initiative Konferenz öffentlich zu loben (FR, 7.8.85). Aber auch massiver Protest an der rezessiven Austeritätspolitik des Währungsfonds ließen von seiten der Regierungschefs Brasiliens und Mexikos erkennen, daß Kuba für sie zwar nicht die Lösung gebracht habe, man aber durchaus gewillt sei, die Schuldenpolitik nicht mehr nur im Alleingang, sondern verstärkt auch in Zusammenarbeit mit allen lateinamerikanischen Schuldnern zu verhandeln und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten.

Der formellen Willensbekundung folgten im Dezember 1985 auch erste Schritte in Richtung auf eine gemeinsame Strategie. Bei ihrer 4. Konferenz der 11 in der Cartagena-Gruppe zusammengeschlossenen Länder (Argentinien, Brasilien, Bolivien, Chile, Dominikanische Republik, Ecuador, Kolumbien, Mexiko, Peru, Uruguay und Venezuela - sie vereinigen 80% der Gesamtschulden Lateinamerikas auf sich) einigten sich die hochrangigen Regierungsvertreter auf drei Grundsatzelementen: 1) ein Schuldnerkartell stellt keine Lösung im Sinne einer auf Kooperation mit den Gläubigern angelegten Schuldenpolitik dar, 2) wohl aber werden "gemeinsame Linien für die Verhandlungen der einzelnen Staaten mit Gläubiger-Finanzinstitutionen angestrebt" (Handelsblatt, 18.12.85); 3) die Auslandsverschuldung kann nicht losgelöst von den wirtschaftlichen Bedingungen verhandelt werden.

Anknüpfend an den letzten Punkt forderten die elf Staaten vom IWF entscheidende Modifikationen des Konditionalitätsprinzips. Neukredite dürften demnach nicht mehr an Bedingungen geknüpft werden, die "die Wachstums- und Beschäftigungsbestrebungen der einzelnen Länder nicht in die Betrachtungen einbeziehen und die stabilisierungspolitische Autonomie der lateinamerikanischen Ländern nicht respektieren". (NZZ, 20.12.85)

In der zum Abschluß der Konferenz vorgelegten "Erklärung von Montevideo" listete die Gruppe eine Reihe von Forderungen auf, die sie zur Bewältigung des Schuldenproblems für unabdingbar hielten. Darin enthalten sind vor allem Maßnahmen zur Verdoppelung des lateinamerikanischen Sozialprodukts bis zur Jahrhundertwende, Zinssenkungen, Bereitstellung von ausreichenden Neukrediten (in diesem Zusammenhang bezeichnete die Konferenz den Baker-Plan als im Prinzip begrüßenswert aber nicht ausreichend - vgl. LN 142), Abbau von Handelsprotektionismus in den Industrieländern, Ausgleichsfinanzierung für Verluste bei Exportwertminderungen sowie eine weitgehende Abkoppelung der Kreditzusagen und Finanzierungen von IWF-Auflagen (Handelsblatt, 19.12.85).

Zusammenfassend kann wohl gesagt werden, daß die Ergebnisse der Konferenz im Prinzip nichts Neues darstellen gegenüber altbekannten Forderungen im Rahmen der seit mehr als 15 Jahren laufenden Debatte um eine neue Weltwirtschaftsordnung. Zwar heißt es in dem Kommuniqué auch: "... Sollten aufgrund der Vorschläge keine Fort-



"DIE VEREINIGTEN SCHULDEN SIND UNBESIEGBAR!"

"Die lateinamerikanischen Delegierten trumpfen mächtig auf, Minister Fleming ..."

schritte erzielt werden, so würden die (Teilnehmer-)Staaten andere Schritte in Erwägung ziehen müssen, z.B. eine Einschränkung der Netto-Überweisungen für Schuldendienste" (ebda.), allerdings ist die Tragweite solcher Formulierungen nicht allein wegen des nicht rechtsverbindlichen Charakters der Konferenz eher fraglich. Die offene Auseinandersetzung zwischen dem argentinischen Staatspräsidenten und Alan García (Peru) im Vorfeld des Treffens und die nur verhaltenen Solidaritätsbekundungen gegenüber einseitigen Schuldendienstbegrenzungen von Seiten einiger Konferenzteilnehmer nimmt dieser "Drohung" (Handelsblatt) einiges an Schärfe.

Während noch die Cartagena-Gruppe in Punta del Este (Uruguay) im März dieses Jahres um eine Konkretisierung ihrer Altforderungen rang, war bereits die Gegenseite unter Anleitung des US-Finanzministeriums eifrig darum bemüht, ihrerseits Punkte zu sammeln. Erstes Angriffsziel war wieder einmal Mexiko.

Nachdem bereits 1985 die Exporteinnahmen aufgrund des Preisverfalls erheblich gesunken und die Importe über das prognostizierte Niveau gestiegen waren, konnte zwar immer noch ein positives Handelsbilanzsaldo erzielt werden, allerdings fiel dieses weit geringer aus als vorgesehen und führte schlagartig zu einer Verringerung der Währungsreserven. Da die Ölpreisentwicklung auch 1986 weiter anhielt, wird bis Ende des Jahres mit einem hohen Leistungsbilanzdefizit gerechnet, wie die Deutsch-Südamerikanische Bank in ihrem Monatsbericht vom Februar schreibt. Nach Schätzungen sollen die Währungsreserven mittlerweile auf 3 Mrd. US-\$ zusammengesmolzen sein (SZ, 9.6.86). Bei noch ausstehenden 3,5 Mrd. \$ Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland wäre der mexikanische Staat Ende dieses Jahres damit effektiv zahlungsunfähig.

Der zu erwartenden Kreditnachfrage Mexikos begegneten die Funktionäre des IWF mit Gelassenheit, da ihnen der Finanzminister, Silva Herzog, als IWF-konformer Verhandlungspartner bekannt war. Silva Herzog hatte bereits 1982 die Umschuldungsverhandlungen für Mexiko geführt und rigorose Sparpolitik im Land durchgesetzt. So wies denn auch der Fonds die mexikanische Forderung nach einer Kopplung des Schuldendienstes an die Exporterlöse rundherum ab. Erst als Silva Herzog öffentlich die Möglichkeit eines zumindest teilweisen Moratoriums ankündigte, änderte sich das Verhalten gegenüber dem einstigen "Musterschüler" Mexiko. So zeigte sich gar Ronald Reagan in einer Pressekonferenz besorgt über die finanziell strapazierte Lage Mexikos (FR, 13.6.86). Anlaß zu diesen Emotionen mag wohl eine ähnliche Einschätzung gewesen sein, wie R. Bunzenthal in der Frankfurter Rundschau die Entwicklung der Schuldenkrise kommentiert: "Durch die sinkenden Exporteinnahmen verschlossene Kapitalmärkte und wachsende Zinsausgaben stehen (...) zahlreiche Schuldnerländer inzwischen mit dem Rücken zur Wand - was ihnen aber auch wiederum eine gewisse Position der Stärke verleiht." (13.2.86)

Solange Alan García für Peru verlauten läßt, er werde die Schuldendienstzahlung eingrenzen, ist dies nicht allzu tragisch für das internationale Bankensystem. Entschließt sich dagegen Mexikos Regierung zu einem solchen Schritt, hat dies viel weiterreichende Folgen. Peru spielt im Schuldenprozeß mit 14 Mrd. US-\$ Auslandsverbindlichkeiten finanziell wie politisch keine allzu bedeutende Rolle. Mexiko, dessen Schuldenpolitik als mustergültig gepriesen wurde und innerhalb der Cartagena-Gruppe immer eine maßgebliche Position innehatte, könnte dagegen auch für andere lateinamerikanische Länder eine Signalwirkung haben und sie zu ähnlichen Schritten bewegen. In diesem Sinne sieht auch Paul Volcker, oberster Währungshüter in der US-Zentralbank, in Mexiko einen Präzedenzfall für den weiteren Verlauf der Schuldenkrise. Zwar könnte eine Zahlungseinstellung seitens Mexikos überwunden werden, eine Gefahr für das Bankensystem sei aber dann zu befürchten, wenn andere Schuldnerländer einem solchen Beispiel folgten. (Handelsblatt 13./14.6.86)

Mit dem überraschenden Rausschmiß Silva Herzogs am 17.6. aus dem Finanzressort herrscht überwiegend Unklarheit über den weiteren Verlauf der IWF-Verhandlungen. Während US-Finanzminister Baker sich vor der Presse unbeeindruckt zeigte und darauf verwies, Gustavo Petricioli, Nachfolger von Silva Herzog, sei bekannt für seine "moderate Haltung" in der Verschuldungsfrage (HB 19.6.86), scheint die mexikanische Regierung andererseits den Ministerwechsel auf Druck der sie stützenden Partei (PRI) vollzogen zu haben. Dies könnte gleichzeitig auch eine Veränderung der politischen Haltung der Regierung in der Verschuldungsfrage andeuten. (taz, 19.6.86)

Viel wird von der Vorgehensweise Petriciolis für die Schuldenpolitik Lateinamerikas abhängen. Sein brasilianischer Amtskollege Furnaro, der sich im Auftrage seiner Regierung bisher Verhandlungen mit dem IWF widersetzt hatte, wird sich möglicherweise an ihm orientieren.

Nur wenn die "Großschuldner" Lateinamerikas einseitige Schritte GEMEINSAM unternehmen, werden sie in der Lage sein, Druck auszuüben, und nur über die Ausübung von Druck werden sie ihren Forderungen auch entsprechendes Gewicht verleihen können. Bisher ist von dem in Montevideo beschworenen "Geist der Einheit" an der lateinamerikanischen Schuldnerfront wenig zu spüren.

Wirtschaftskrise und Entwicklungsperspektiven

Lateinamerika erlebte 1981/83 die schwerste Wirtschaftskrise seit der großen Depression der 30er Jahre. Unmittelbarer Auslöser war eine drastische Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen seit 1979. Die Rezession in den Industrieländern und der Rückgang des Welthandels führten zu einem Preisverfall der lateinamerikanischen Exportgüter (außer Erdöl, der in seinem Umfang nur mit dem von 1929/32 vergleichbar war. Die Hochzinspolitik der Reaganadministration zur Sicherung der Hegemonie des Dollars als Weltgeld bewirkte eine Verdreifachung der Zinszahlungen und eine Umleitung der Geldkapitalströme aus den freien Bankzonen in die USA. Die davor von den internationalen Banken umhüschelten lateinamerikanischen Kunden standen plötzlich mit leeren Händen da. 1982 konnte das Leistungsbilanzdefizit der Region durch den gesunkenen Zustrom neuen Kreditkapitals nicht mehr finanziert werden. Die hochverschuldeten Länder Lateinamerikas mußten ihre Zahlungsunfähigkeit erklären und den dornenreichen Weg zum Internationalen Währungsfonds (IWF) antreten.

Die von ihm verordnete Roßkur der Stabilisierungsprogramme beschleunigte den wirtschaftlichen Abschwung auf dramatische Weise. Das Bruttoinlandprodukt pro Einwohner fiel in der Region auf das Niveau von 1976, in vielen Ländern sogar auf das der 60er Jahre. Die in den 70er Jahren mühsam geschaffenen Arbeitsplätze lösten sich in wenigen Monaten in Luft auf. Einkommensverfall der Mittelschichten, Verelendung der breiten Massen, Hungerrevolten und Plünderungen beherrschten die Szene der lateinamerikanischen Großstädte. Lateinamerika war pleite und mußte trotzdem einen Nettokapitalexport in die Industrieländer zustandbringen. Vom IWF, den Großbanken und den Regierungen der Industrieländer wurde dies als ein unumgänglicher Sanierungsprozeß angesehen, in Lateinamerika dagegen als eine finanzielle Erdrosselung empfunden, durch die die Region wieder auf den Stand von Rohstoffexportwirtschaften mit einem Verarmungswachstum zurückgeworfen werden sollte.

In der entwicklungstheoretischen Diskussion konnte nur noch die Katastrophe diagnostiziert werden. Vor allem die Anhänger der Abhängigkeitstheorie sahen sich in ihren düsteren Aussagen über die strukturelle Entwicklungsunfähigkeit von Drittweltgesellschaften bestätigt: Trotz hohen Wachstums sei in Lateinamerika keine kohärente Industrie- und Wirtschaftsstruktur erreicht worden, die bis heute die Folgen von Rezession und Verschuldung hätten abfedern können. Die einzige Alternative zur finanziellen Ausplünderung, Massenverelendung und Deindustrialisierung Lateinamerikas sei daher die sofortige Einstellung aller Schuldendienste (Zinsen und Tilgungen), die Abkoppelung vom Weltmarkt und das Einschwenken auf einen an den Grundbedürfnissen der breiten Massen orientierten autozentrierten Entwicklungsweg.

In der Tat schien vieles für diese Diagnose und die daraus abgeleitete Therapie zu sprechen. Denn wie sollen die lateinamerikanischen Länder die Probleme der Massenarmut und Massenarbeitslosigkeit bewältigen, wenn sie mit jährlich mehr als 30 Mrd. US-\$ Nettokapitalexport in die Industrieländer diesen Entwicklungshilfe leisten müssen und zur Finanzierung der enormen Haushaltsdefizite der USA herangezogen werden?

Wie lassen sich die zum ökonomischen Wachstum und zur sozialen Entwicklung dringend benötigten industriellen, landwirtschaftlichen und infrastrukturellen Investitionen finanzieren, wenn ein Drittel der Exporterlöse und 20% der internen Ersparnisse in Form von Zinsen transferiert werden?

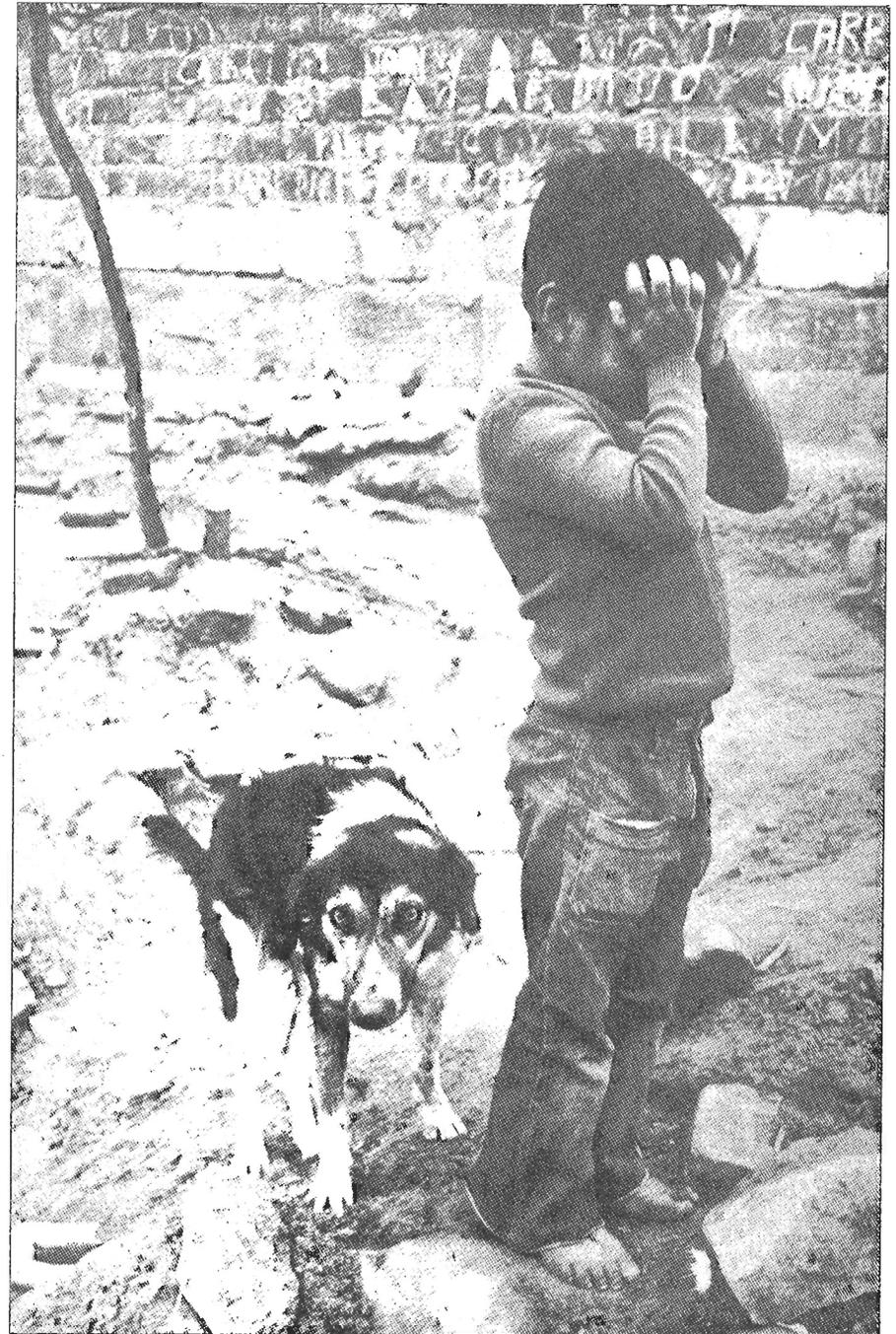
Wäre es da nicht entwicklungspolitisch sinnvoller, durch einen gemeinsamen Aufstand die erdrückenden Ketten der neuen Schuldklaverei zu sprengen und statt Zinsen zu transferieren sinnvolle Entwicklungsprojekte in Gang zu setzen?

Leichter gesagt als getan: Weder konnten sich die lateinamerikanischen Schuldklaven (sprich Regierungen) bis heute trotz vielfacher Konferenzen und verbaler Kraftakte auf eine konzertierte Aktion einigen, noch ist es überhaupt einsichtig, ob eine einseitige Einstellung der Schuldendienstzahlungen mit all den damit verbundenen Risiken nicht nur für die internationalen Großbanken und das Weltwährungssystem sondern auch für die lateinamerikanischen Wirtschaften ohne eine radikale Änderung des bisherigen Entwicklungsmodells überhaupt entwicklungspolitisch sinnvoll wäre.

Damit komme ich zu meiner ersten These: Wenn man wie die meisten lateinamerikanischen Regierungen, aber auch ein Teil der Linken, die tiefe Wirtschaftskrise Lateinamerikas allein auf die Verschuldungskrise reduziert, verstellt man sich nicht nur den Blick auf deren tieferliegende Ursachen im binnenmarktorientierten Industrialisierungsmodell der Nachkriegszeit, sondern zugleich auch auf die mit den schmerzhaften Lernprozessen der Verschuldungskrise verbundenen Chancen für die längst überfälligen Veränderungen dieses Wirtschaftsmodells.

DIE WIDERSPRÜCHE DES BINNENMARKTORIENTIERTEN INDUSTRIALISIERUNGSMODELLS DES NACHKRIEGSZEIT

Die Weltwirtschaftskrise 1929/32 und die damit verbundene Verschuldungskrise der größten Länder Lateinamerikas, die in ihren Dimensionen – wie etwa dem Umfang des Netto-Kapitaltransfers – durchaus mit der gegenwärtigen Krise vergleichbar war, hatte dazu geführt, die einseitige Orientierung auf Primärgüterexporte aufzugeben und den Weg einer binnenmarktorientierten Konsumgüterindustrialisierung einzuschlagen. In der Regel erfolgte dies unter Kontrolle des einheimischen Kapitals, bei extensiven Akkumulationsformen (also hohen Beschäftigungseffekten) und der Dominanz



von Holz und Kohle als Energieträger. Trotz fehlender Agrarmodernisierung wurde durch die populistischen Modernisierungsregime eine beträchtliche Dynamisierung der städtischen Binnenmärkte erreicht. Die aus der Exportwirtschaftsphase herrührende hohe Ungleichheit der Einkommensverteilung wurde aber eher verfestigt.

Mit der Wiederherstellung der kapitalistischen Weltwirtschaft und dem zeitweisen Aufschwung der Primärgüterpreise nach 1945 wurden die Länder mit eigenen Konsumgüterindustrien und hoher Binnenmarktdynamik wieder in die internationalen Austauschbeziehungen reintegriert. Die hohe Präferenz der Ober- und Mittelschichten für dauerhafte Konsumgüter führte nach einer Phase exzessiver Importe bei sinkender Importkapazität Anfang der 50er Jahre zu der entwicklungspolitischen Weichenstellung, das Fortschreiten des Industrialisierungsprozesses prioritär auf den Aufbau dauerhafter Konsumgüterindustrien mit Hilfe ausländischer Konzerne zu konzentrieren. Ebenso wie in Westeuropa erschien die nordamerikanische Massenkongressgesellschaft mit ihrer Prioritätssetzung auf Automobilisierung, Straßenverkehr und elektrische Haushaltsgeräte nicht nur als Inkarnation des zivilisatorischen und technischen Fortschritts, sondern auch als das geeignete Modell nachholender Entwicklung.

Die industrielle Massenproduktion von hochwertigen Konsumgütern in Ländern mit einem Pro-Kopf-Einkommen, das nur 20% desjenigen der Industrieländer ausmachte, verstärkte nicht nur den Druck auf eine wachsende Konzentration der verteilten Einkommen, sie erfolgte notwendigerweise auch hinter hohen Zollbarrieren. Das interne Preisniveau lag daher in der Regel bis zu 300% über den Weltmarktpreisen. In den Anfangsphasen des Aufbaus kapitalintensiver Industrien mit hohen Mindestbetriebsgrößen konnte dadurch trotz unökonomisch niedrigen Stückzahlen eine genügend hohe Profitrate garantiert werden.

In fast allen großen und mittelgroßen Ländern Lateinamerikas wiesen die dauerhaften Konsumgüterindustrien hohe Wachstumsraten auf, aber nur in wenigen war dies auch mit einer Entwicklung von Vorproduktindustrien verbunden. Die von den dauerhaften Konsumgütern dominierte fast ausschließlich binnenmarktorientierte Industriestruktur blieb daher in der Regel von hohen Kapitalgüter- und Halbfabrikatimporten abhängig, die durch eine Politik der Überbewertung der Währung künstlich verbilligt wurden.

Die zur Finanzierung dieser Importe notwendigen Devisen mußte die Landwirtschaft, der Bergbau, in Mexiko auch der Tourismus aufbringen. Die Überbewertung der Währung bedeutete für die Primärgüterproduzenten aber zu niedrige Preise, was nicht nur einen Einkommenstransfer in die Industrie implizierte, sondern auch ihre rentablen Expansionsmöglichkeiten einschränkte. Die Folgen sind bekannt: Mit dem stürmischen Wachstum der importabhängigen Industrien und dem in der Regel geringeren Wachstum der Primärgüterexporte entstand ein strukturelles Handelsbilanzdefizit, das nur durch eine Diversifizierung der Primärgüterexporte, eine Förderung



Export von Landwirtschaftsprodukten für Zinszahlungen

der industriellen Exporte und die Importsubstitution im Kapital- und Halbfabrikatbereich hätte gedeckt werden können. Seit Mitte der 60er Jahre unternahmen viele Länder Lateinamerikas erste Schritte in diese Richtung: die hohen industriellen Produktionskosten und das geringe Interesse der multinationalen Konzerne standen dem aber trotz hoher Exportsubventionen entgegen.

Die Ölpreiserhöhung und die Weltwirtschaftskrise 1974/75 brachten die strukturellen Widersprüche des binnenmarktorientierten Industrialisierungsmodells der Nachkriegszeit dann schlagartig zum Vorschein: die Ungleichgewichte zwischen einer überproportionierten Konsumgüter- und der unterentwickelten Kapitalgüterproduktion, einer durch die Überbewertungs- und Subventionspolitik einseitig geförderten Industrie und der eher zur Investitionsfinanzierung und Devisenbeschaffung funktionalisierten extensiven Landwirtschaft, einer Förderung der exportorientierten Landwirtschaft und der Vernachlässigung der Grundnahrungsmittelproduktion, hohen Erdölimporten für die städtischen Konsumenten und der unzureichenden Erschließung der eigenen Energiequellen, hohen Zahlungen für Technologieimporte und der unterentwickelten eigenen technologischen Kapazitäten.

Unter "normalen" Bedingungen hätten die lateinamerikanischen Länder bereits nach 1973 aufgrund ihrer hohen Leistungsbilanzdefizite den Weg zu selektiven Anpassungsformen einschlagen müssen.

Aber die Bedingungen waren nicht normal: Die Veränderung im Welt-

währungssystem (Aufhebung der Goldkonvertibilität des Dollar, Übergang zu flexiblen Wechselkursen, die gewaltige Expansion der freien Bankzonen), die Investitionsschwäche in den Industrieländern und die hohen Ölrenten erhöhten explosionsartig das weltweite Angebot an Dollarkrediten zu negativen Realzinsen und ohne lästige politische und ökonomische Auflagen.

Statt schrittweise die notwendigen Veränderungen des Entwicklungsmodells vornehmen zu müssen, konnten die lateinamerikanischen Regierungen den aus den Widersprüchen der binnenmarktorientierten Industrialisierungsstrategie erwachsenden Problemdruck in der Regel durch eine um 25% jährlich wachsende Auslandsverschuldung wegfinanzieren. Angesichts des günstigen Angebots an internationalem Leihkapital zu variablen Zinsen war dies aus der Sicht der politischen Akteure eine durchaus rationale Entscheidung.

Damit komme ich zur zweiten These: Die binnenmarktorientierte Industrialisierung war keine "verschuldete" Industrialisierung. Bis zum Anfang der 70er Jahre war sie zwar von hohen Technologieimporten und den Investitionsentscheidungen der Multis abhängig, die dazu nötigen Investitionsmittel wurden aber weitgehend intern aufgebracht. Die seit 1970 und dann vor allem ab 1973 explosiv anwachsende Auslandsverschuldung folgte aus der mit der Weltwirtschaftskrise zusammenhängenden Verselbständigung eines monetären Weltmarktes mit günstigen internationalen Kreditbedingungen und diente eher dazu, die Krise des Entwicklungsmodells zeitweise zu überdecken. Die unterschiedliche Verwendungsstruktur der externen Kredite bestimmte dabei auch die unterschiedliche Verarbeitungskapazität in der Verschuldungskrise.

VERSCHULDUNGSKRISE UND ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN

Die extrem günstigen Verschuldungsmöglichkeiten der 70er Jahre verschwanden ebenso schnell wie sie gekommen waren. Während die Zinsrate für Dollarkredite bis 1977 nominal auf 6% sank (unter Abzug der Inflationsrate der OECD-Länder daher sogar negativ war), kam es ab 1979 zu ihrer sprunghaften Verdoppelung auf 16% (real 6%) 1981. Da die Mehrheit der Auslandskredite Lateinamerikas zu variablen Zinsen abgeschlossen worden war, kam es daher auch zu einer schlagartigen Verdoppelung der Zinszahlungen.

Die Erhöhung des internationalen Zinsniveaus läßt sich einerseits aus dem wachsenden Refinanzierungsbedarf der internationalen Schuldner (nicht nur aus der Dritten Welt, sondern auch Großkonzerne und Staaten aus der ersten und zweiten Welt wie Frankreich und Polen) in der zweiten Weltwirtschaftskrise 1980/82 erklären: Fast alle fälligen Zinszahlungen und Tilgungen erfolgten durch die Neuaufnahme von Krediten (der berühmte "roll-over"-Mechanismus). Der andere und letztlich entscheidende Grund lag in dem erfolgreichen Versuch der Reaganadministration, die durch die Niederlage in Vietnam, die Watergate-Affaire, das Geiseldrama im Iran und den heftigen Wertverfall des US-Dollar bedrohte Hegemonie des US-Dol-

lar als Weltgeld durch massive Kapitalimporte zur Finanzierung der rapide steigenden Defizite des Haushalts (Rüstungsprogramm!!) und der Handelsbilanz (Verlust der Wettbewerbsfähigkeit bei vielen standardisierten Industriewaren) wiederherzustellen.

Der nordamerikanischen Hochzinspolitik gelang es innerhalb kurzer Frist, die in den 70er Jahren um Anlagemöglichkeiten in der Dritten Welt konkurrierenden Geldkapitalmassen der freien Bankzonen in die USA umzuleiten. Eine weitere Refinanzierung der laufenden Schuldendienste der lateinamerikanischen Staaten zu steigenden Zinsen erschien daher den internationalen Banken angesichts der verschlechterten Exportmöglichkeiten dieser Länder nicht mehr vertretbar und angesichts des riesigen Bedarfs der USA nicht mehr attraktiv genug.

Mit dieser Umorientierung der internationalen Kreditströme halbierte sich der Nettokapitalzufluß nach Lateinamerika 1982 auf die Hälfte seines Höchstwertes von 1981. Damit wäre es auch ohne die Krise der lateinamerikanischen Exporte zum Ausbruch der Verschuldungskrise gekommen.

Die in den 70er Jahren umhätzelten lateinamerikanischen Klienten mußten nun widerwillig zur Kenntnis nehmen, daß sie in Konkurrenz mit dem gewaltigen Kreditbedarf der USA plötzlich keine erste Adresse mehr waren, sondern plötzlich als Problemfälle unverantwortlicher Regierungen mit unsolider Wirtschaftspolitik behandelt wurden, die erst einmal mit Hilfe des IWF ihr eigenes Haus in Ordnung zu bringen hätten.

Das Abdrehen des Kredithahns und die Verwandlung der Länder Lateinamerikas in Nettokapitalexporteure führte dazu, daß die durch die Auslandsverschuldung in den 70er Jahren nur überdeckten inneren Widersprüche des binnenmarktorientierten Industrialisierungsmodells nun auf verschärfte Weise zum Eklat kamen. Die bereits vor dem offenen Ausbruch der Verschuldungskrise 1982 als Folge der zweiten Weltmarktkrise ab 1980 einsetzende Wirtschaftskrise wurde dadurch dramatisch verschärft und erreichte nur noch mit der grossen Depression 1929/32 vergleichbare Dimensionen.

Auf eine detaillierte Darstellung der verheerenden Folgen der tiefen Wirtschaftskrise in Gestalt von Massenverarmung, Massenarbeitslosigkeit, Reallohnverfall und Deindustrialisierung will ich hier verzichten, da dies in einer Fülle von Artikeln bestens dokumentiert ist. Ebenso wenig werde ich die angesichts der gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisse und ökonomischer Möglichkeiten eher abstrakte Forderung nach einer vollständigen einseitigen Einstellung der Schuldendienste und die damit notwendigerweise verbundene Abkoppelung vom kapitalistischen Weltmarkt behandeln.

Wichtiger erscheint mir die weniger diskutierte Frage nach den Entwicklungsmöglichkeiten der lateinamerikanischen Länder unter den gegenwärtigen Bedingungen eines durch internationale Verhandlungen und einseitige Maßnahmen wie im Falle Perus lediglich in



Massenelend - eine der Folgeerscheinungen der Wirtschaftskrise
ihren quantitativen Dimensionen reduzierbaren Nettokapitaltransfers zu sein.

Die gängige Diskussion der Verschuldungskrise ist dabei durch folgendes Katastrophenszenario gekennzeichnet: Die hohen Zinszahlungen können nur durch einen ebenso hohen Handelsbilanzüberschuß finanziert werden. Aufgrund der oben beschriebenen Strukturdefizite der lateinamerikanischen Industrie läßt sich dieser nur durch eine die Konsumquote senkende Steigerung industrieller und landwirtschaftlicher Exporte und eine das Industriewachstum behindernde Senkung notwendiger Kapitalgüterimporte erzielen. Der durch den Handelsbilanzüberschuß finanzierte Nettokapitalexport in Höhe von ca. 20% der inländischen Ersparnisse muß daher notwendigerweise zu einer Senkung der inländischen Investitionsquote und/oder Konsumquote führen. Deindustrialisierung und Massenverelendung sind daher bei Aufrechterhaltung des Nettokapitaltransfers die notwendigen Folgen.

So schlüssig diese Argumentation zunächst auch wirken mag, sie verkennt meines Erachtens erstens die für die Dynamik wirtschaftlichen Wachstums entscheidenden kreislauftheoretischen Zusammenhänge und zweitens die durch die Mobilisierung bisher ungenutzter Potentiale möglichen Entwicklungschancen. Im Grunde unterstellt diese Argumentation ebenso wie der Währungsfonds und die neoklassische Wachstumstheorie, daß die Knappheit an Geldkapital der Hauptgrund für fehlendes Wachstum und mangelnde Entwicklung ist.

Daß es trotz Nettokapitaltransfer zu einem dynamischen wirtschaftlichen Wachstum kommen kann, läßt sich am Sonderfall Brasilien exemplarisch darstellen:

BRASILILIEN: WIRTSCHAFTSWACHSTUM TROTZ ZINSZAHLUNG

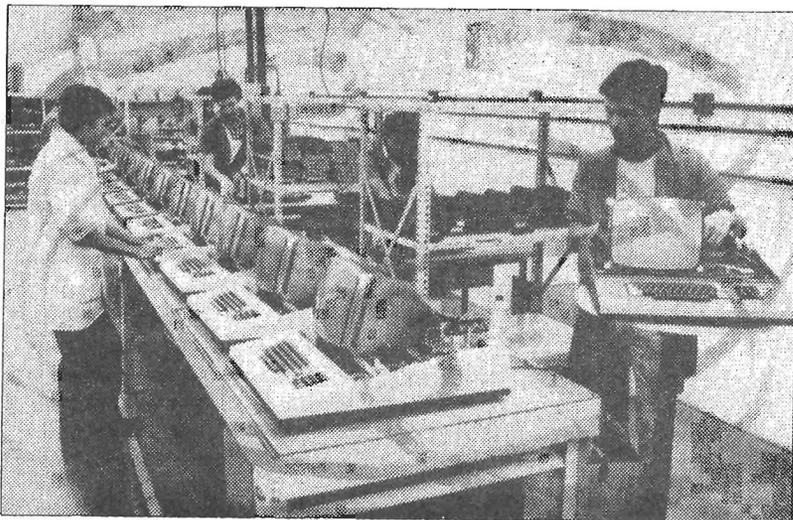
Obwohl der seit 1984 erreichte jährliche Handelsbilanzüberschuß in der Höhe von 12 - 13 Mrd. US-\$ (ca. 5% des Bruttoinlandproduktes) fast vollständig für Nettozinszahlungen verwandt wurde und der Überschuß der Kapitalbilanz auf 1,5 Mrd.\$ 1985 zusammengeschrumpft ist, konnte das Bruttoinlandprodukt 1984 um 4,8% und 1985 um ca. 8%, die verarbeitende Industrie um 6% bzw. 8,3% wachsen. Da das industrielle Wachstum sich Anfang 1986 noch beschleunigt hat und durch die Währungsreform im Februar 1986 eher stimuliert wurde, wird im Verlauf dieses Jahres nach dem tiefen Rückgang der Jahre 1981/83 wieder das Produktionsniveau von 1980 erreicht werden. Das gleiche gilt in der Tendenz auch für das Beschäftigungsniveau.

Wie läßt sich dieses Paradox eines hohen Wirtschaftswachstums trotz hohen Nettokapitaltransfers erklären? Während 1984 das hohe Wachstum noch durch die Zunahme der industriellen Exporte vor allem in die USA erklärt werden kann, beruhte es 1985 weitgehend auf der Dynamik des Binnenmarktes. Erklärbar wird dies durch die Multiplikatoreffekte eines hohen Exportüberschusses, der ebenso wie ein hohes Haushaltsdefizit bei unterausgelasteten Produktionskapazitäten ohne zusätzliche Investitionen über die internen Produktionszuwächse auch entsprechende Einkommens- und Beschäftigungszuwächse hervorbringt. Die dadurch angekurbelte Binnennachfrage wurde allerdings auch durch eine von der neuen halbwegs demokratischen Regierung geförderte Anhebung der Mindestlöhne unterstützt. Der reale mittlere Arbeiterlohn stieg daher 1985 um 7,5%. Für die Industrie war dies verkraftbar, da die tiefe ökonomische Krise 1981/83 mit einem drastischen Anstieg der Arbeitsproduktivität verbunden war und die Wechselkurspolitik eine Überbewertung der Währung durch eine sukzessive Mini-Abwertung zu vermeiden suchte.

Die hohe industrielle Wachstumsdynamik erfolgte natürlich innerhalb der Bahnen des auf ungleiche Einkommensverteilung beruhenden Entwicklungsmodells: die dauerhaften Konsumgüterindustrien erlebten 1985 ein Wachstum von 15% und in den ersten Monaten 1986 von 22%. Die Rekordhöhe der PKW-Produktion von 1,1 Mio. 1980 wird daher in diesem Jahr wieder erreicht. Über die hohe Zunahme der industriellen Beschäftigung um 5,4%, der Reallöhne um 7,5% und der Lohnsumme um 13,3% vermittelt erlebten dann 1985 aber auch die einfachen Konsumgüterindustrien einen Anstieg ihrer Wachstumsrate auf 8% und Anfang 1986 auf 13%. Da die Kapazitätsgrenzen der Industrie bald erreicht sind, setzte 1985 nach Jahren drastischen Rückganges ein Zuwachs der industriellen Investition um 9% ein. Die Kapitalgüterindustrie konnte daher bereits im zweiten Jahr um über 12% wachsen, während die Kapitalgüterimporte sich 1985 um 20% erhöhten. Da die brasilianische Kapitalgüterindustrie bereits 85% des internen Bedarfs deckt, kommt dem Anstieg der Kapitalgüterimporte lediglich eine Ergänzungsfunktion zu. Trotz des Wachstums der Kapitalgüterimporte sanken die Importe 1985 weiter um 5%, da die Erdölimporte sich aufgrund gestiegener Eigenproduktion (be-

reits 62% des Bedarfs) und fallender Erdölpreise um 20% verminderten.

Die sinkenden Importe bedeuteten daher keineswegs eine Einschränkung der internen Wachstumsmöglichkeiten, im Gegenteil, sie erwiesen sich als das Resultat der durch die Auslandsverschuldung in den 70er Jahren finanzierten Vervollständigung der Industriestruktur im Kapitalgüter-, Grundstoff- und Energiebereich. Ebenso lassen sich die Exporterfolge von Industriegütern (bereits mehr als 50% der Exporte) als das Resultat der durch die hohen Verkettungseffekte einer integrierten Industriestruktur und eine realistische Wechselkurspolitik möglich gewordenen steigenden internationalen Konkurrenzfähigkeit interpretieren.



Computerproduktion in Brasilien

Die drastische Verbesserung der ökonomischen Situation Brasiliens in den beiden letzten Jahren darf natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die hohen Zinszahlungen in der Höhe von 5% des Bruttoinlandproduktes einen Tribut darstellen, der vor allem die Dynamisierung des staatlichen Sektors und damit die Realisierung der beabsichtigten sozialen Entwicklungsprogramme behindert. Daher würde eine langfristige Lösung des Schuldenproblems sicherlich den Wachstums- und Reformspielraum Brasiliens bedeutend erhöhen.

LEHREN AUS DEM SONDERFALL

Eine Lehre sollte aber aus dem Sonderfall Brasilien gezogen werden: Wenn die hohe Auslandsverschuldung primär zum Ausbau der Industrie- und Infrastruktur verwandt wurde und dadurch heute eine Dynamisierung des Wachstums ermöglicht, muß eine realistische Bewertung der Verschuldungspolitik der 70er Jahre nicht nur deren

zweifelloso negative, sondern auch die positiven Entwicklungseffekte berücksichtigen. Ebenso muß die Verschuldungskrise und der mit ihr verbundene Verlust der berühmten "externen" Ersparnisse zur Ergänzung der angeblich zu geringen internen Ersparnisse eher positiv beurteilt werden: Wenn Regierungen nicht mehr auf billige internationale Kredite zurückgreifen können, wächst nicht nur der Problemdruck zur Realisierung von Reformen (u.a. Erhöhung der inländischen Sparquote), auch mit billigen Krediten subventionierte unsinnige Großprojekte sind nicht mehr realisierbar und die Prioritäten können sich zugunsten der Förderung eigenständiger technologischer Kapazitäten und der Grundnahrungsmittelproduktion verschieben.

Nun läßt sich das Beispiel Brasiliens nicht verallgemeinern: In keinem anderen Land Lateinamerikas wurde mit Hilfe ausländischer Kredite in den 70er Jahren die Industriestruktur so weitgehend vervollständigt, daß sie nur noch marginal von Importen abhängig ist und einen strukturellen Exportüberschuß aufweist.

Das zeigt sich z.B. daran, daß selbst die relativ weit entwickelten Flächenstaaten Mexiko und Argentinien nur die Hälfte ihres internen Kapitalgüterbedarfs aus der eigenen Produktion decken können und im krassen Unterschied zu Brasilien seit 1975 einen sinkenden Selbstversorgungsgrad aufweisen. Schon eine geringfügige Steigerung des Bruttoinlandprodukts führte daher in Mexiko zu einer überproportionalen Ausweitung der Industriegüterimporte (1984 induzierte ein Wachstum des BIP von 3,5% einen Zuwachs des Importvolumens um 28%) und die Handelsbilanz der transnationalen Unternehmen im Industriesektor (weitgehend identisch mit den dauerhaften Konsumgüterindustrien) ist hochgradig defizitär, während sie in Brasilien einen beträchtlichen Überschuß aufweist.

Die oben diagnostizierten Strukturdefizite des binnenmarktorientierten Industrialisierungsmodells der Nachkriegszeit konnten offensichtlich in der Mehrheit der lateinamerikanischen Länder in der Phase der zunehmenden Auslandsverschuldung nicht nur nicht abgebaut werden, sie verschärften sich in der Regel. Der Grund für diese anders gelagerte Entwicklung lag in der vorrangigen Verwendung der ausländischen Kredite für billige Konsumgüterimporte, die interne Finanzspekulation, eine massive Kapitalflucht und die Finanzierung von Haushaltsdefiziten (so vor allem in Chile und Argentinien). Selbst dort, wo – wie beispielsweise in Mexiko und Venezuela – auch industrielle Großprojekte damit finanziert wurden, führte dies offensichtlich nur zu begrenzten volkswirtschaftlichen Verkettungseffekten.

Die zur Finanzierung der hohen Nettokapitalexporte notwendigen Exportüberschüsse konnten daher in der Mehrheit der lateinamerikanischen Länder nicht wie im Sonderfall Brasilien eine sich selbst tragende interne Wachstumodynamik in Gang setzen. Trotzdem wäre es verfehlt, nur die destruktive Seite der Verschuldungskrise in den Vordergrund zu stellen: Der Nettokapitaltransfer wird dann zum

Sündenbock für die internen Strukturdefizite, die ohne seine Beseitigung nicht überwunden werden können.

Die im Rahmen der CEPAL geführte Diskussion zeigt vielmehr, daß auch in den Ländern mit einer reduzierten Krisenbewältigungskapazität durchaus Ansätze für eine Neuorientierung des Entwicklungsmodells vorhanden sind. Die Neubewertung der Grundnahrungsmittel produzierenden Landwirtschaft gehört dazu ebenso wie die neu entfachte Diskussion über die entwicklungspolitische Bedeutung des einfachen Konsumgüter und Produktionsmittel herstellenden Sektors der Kleinbetriebe.



Wichtiger Industriesektor in Brasilien: Autoproduktion

Das plötzliche Verschwinden der "externen Ersparnisse" durch den Nettokapitaltransfer hat auch in diesen Ländern langfristig vielleicht eher positive Entwicklungseffekte, indem er Regierungen, Parteien und gesellschaftliche Gruppen dazu zwingt, sich auf ungenutzte eigene Entwicklungspotentiale und die Formen ihrer Mobilisierung zu besinnen. Entwicklungstheoretisch heißt dies nichts anderes als die Bestätigung der von unorthodoxen Autoren wie Hirschman schon in den 50er Jahren vertretenen These, daß nicht das Fehlen von Geldkapital, Unternehmertalenten und qualifizierten Arbeitskräften ökonomische Entwicklungsprozesse behindert, sondern die mangelnde Fähigkeit, die bestehenden Entwicklungspotentiale auch effektiv zu nutzen. Daß die externe Abhängigkeit von den Industrieländern und den multinationalen Konzernen über den unkontrollierten Import von Technologiepaketen, Konsumweisen, Denkstrukturen und dann vor allem billigen Geldkapital eine solche

Entwicklungsstrategie der endogenen kreativen Modernisierung in der Vergangenheit eher verhindert hat, darf nicht dazu führen, ihre Realisierungschancen bei einer entsprechenden Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse für prinzipiell unmachbar zu halten. Denn daß tiefe ökonomische, soziale und politische Krisen immer auch den positiven Aspekt der Intensivierung von Lernprozessen durch einen unerträglich gewordenen Problemdruck aufweisen, das haben die Veränderungen in den 30er Jahren in vielen Ländern Lateinamerikas gezeigt.

Vor diesem Hintergrund gewinnt auch der berechtigte und notwendige Kampf um eine langfristige Lösung des Schuldenproblems erst seine volle Bedeutung, denn ohne interne Strukturveränderung und eine Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse würde selbst ein großzügiger Schuldenerlaß seitens der Banken und der dahinterstehenden Industrieländer wohl kaum die gewünschte positiven Entwicklungseffekte aufweisen.

LITERATURHINWEIS:

Zur genaueren Begründung der Argumentation, detaillierten Daten und Literaturhinweisen vgl. Thomas Hurtienne: Wirtschaftskrise, internationale Verschuldung und Entwicklungspotentiale in Lateinamerika, in: PROKLA 59 / Berlin 1985, S. 34 - 64; zu Mexico: Raúl Rojas: We pay mañana, in: Peripherie 15/16, 1984, S. 117 - 134.

Literatur zu IWF und Verschuldung

Die Literaturlage zu diesem Themenbereich ist ausgesprochen unübersichtlich. Es werden massenweise Artikel, Bücher, Polemiken, Interviews und Positionspapiere publiziert. Wir haben einige Hinweise zusammengestellt, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Wir übernehmen auch keine Verantwortung für die inhaltlichen Aussagen der von uns angegebenen Artikel.

Wir haben versucht, einerseits auf neuere und relativ leicht zugängliche Publikationen zu verweisen, andererseits auf Texte, über die der Interessierte nicht einfach "stolpert". Da gerade Papiere aus der alternativen Diskussion über die Verschuldung oft nicht einfach in Bibliotheken aufzutreiben sind, können alle mit einem (*) versehenen Artikel beim FDCL (Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 12) angefordert werden. Das kostet DM 0.25 pro Kopie und Porto.

Alle, die sich gründlicher für dieses Thema interessieren, finden in den Büchern und Artikeln Verweise und bibliographische Angaben.

Sehr hilfreich bei der Zusammenstellung war die leider vergriffene Broschüre "Der Internationale Währungsfonds oder - die Vernichtung hat Methode", Westberlin 1985, herausgegeben von einer autonomen Gruppe. Wir danken ihnen für die "freundliche Genehmigung", Teile ihrer sehr ausführlichen Bibliographie samt den treffenden Kommentaren hier zu übernehmen.



Immer
diese
dicken
Bücher...

THEMENBEREICH IWF

Gerster, R.: Fallstricke der Verschuldung, Basel 1982
(Gründliche Darstellung des IWF aus linksliberaler Sicht)

Körner, P. u.a.: Im Teufelskreis der Verschuldung, Hamburg 1984
(Analyse des IWF mit ausführlichen Länderstudien und Reformvorschlägen der Autoren. Gut lesbar, nicht unbedingt antiimperialistisch.)

Tetzlaff, R.: Die Weltbank. Machtinstrument der USA oder Hilfe für Entwicklungsländer? München 1980
(Ein Wälzer zum Durchkämpfen, enthält eine Fülle von Material zur Weltbank und eine sehr vorsichtige Einschätzung ihres Wirkens. Trocken geschrieben und sehr teuer.)

Grot, C.-H.: Die Politik des Internationalen Währungsfonds in Bolivien und deren Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. Hausarbeit im Fach Politik, 1983 (*)

Wöhlcke, M: Brasilien 1983: Ambivalenzen seiner politischen Orientierung", Baden-Baden 1983
darin vor allem Teil B: Wirtschaftliche Entwicklung: Die "Krise des Wunders" und der Gang zum IWF (*)

Arbeitsgruppe 3. Welt Zürich: "Peru - IWF". Erpressung durch Hilfe: Die Macht des Internationalen Währungsfonds am Beispiel Perus - Ein Beispiel unter vielen. (*)

"IWF und Weltbank"
Nummer 8 der Zeitschrift BRD und Dritte Welt, Kiel 1982

Internationale Verschuldungskrise. Auflagenpolitik des IWF - Projektpolitik der Weltbank. Ein Positionspapier der GRÜNEN im Bundestag. März 1985 (*)

Schubert, A: Verschuldungskrise: Mit einem neuen Grundkonsens den weiteren Zerfall verhindern. Januar 1984
Aus dem Inhalt: Die Umschuldungspraxis; bewußte Aufweichung der Solvenz Kriterien; Konsensaufkündigung im Süden; Alternativen. (*)

Verschuldung und IWF
in: Blätter des iz3w Nr. 121, Freiburg 1984 (weitere wichtige Artikel in den Nummern 119, 120 und 122)

Knieper: Zurichtung nationaler Politik durch internationales Recht
in: Kritische Justiz Jg. 12, Nr. 3, Köln 1979

Leithäuser: Der IWF und die eingeschränkte Souveränität nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik in seinem Einflußbereich
in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 23, Nr. 3, Köln 1978

Finanzierung und Entwicklung, Hrsg.: HWWA in Hamburg
Deutsche Ausgabe der IWF-Zeitschrift. Gibt guten Einblick in die Denk- und Sprachgewohnheiten der IWF-Funktionäre.

Jamaika: IWF-Politik ohne Ende
in: LN 72

Jamaika: Regierung bricht mit dem IWF
in: LN 82

Der internationale Währungsfonds
in: LN 43

Costa Rica: IWF-Politik und Arbeitskämpfe
in: LN 93

IWF und USA
in: LN 106

E. Rivera U.: Die Stabilisierungspolitik des IWF in Ländern mit repräsentativer Demokratie: Das Beispiel Costa Rica
in: Peripherie, 4. Jg., 1983/84

USA - Die Stimme des Imperiums in den Entwicklungsbanken
in: LN 149

AK Entwicklungspolitik im BDKJ: IWF - Weltbank. Entwicklungshilfe oder finanzpolitischer Knüppel für die Dritte Welt? Stuttgart 1985
Bezug: AKE im BDKJ, Schwabstr. 70 a 7 Stuttgart 1



Zugegeben,
der Kapitalismus
hat viele Mängel,
aber sie lassen
sich durch geduldige
Reformarbeit
beheben.

THEMENBEREICH VERSCHULDUNG

Schubert, A: Die internationale Verschuldung. Frankfurt 1985
Sehr umfassende Studie über Entstehung und Dimensionen der Verschuldungskrise mit Fallstudien. Dabei wird großer Wert auf die politische Dimension der Verschuldung, das Problem der Hegemonie der USA, gelegt. Nicht gerade einfach zu lesen, aber lohnenswert.

Boris, D. (Hrsg.): Aufstand der Armen. Schuldenkrise und Dritte Welt. Köln 1986

Weltwirtschaftskrise und Schuldnerkartell. Mittelamerika im Würgegriff der internationalen Finanzinstitutionen. Wuppertal 1985

Die Macht der Verschuldeten. Auf dem Weg zu einer neuen Einigungsbewegung in Lateinamerika? Zürich, 1986

Simonis, U.E. (Hrsg.): Externe Verschuldung - interne Anpassung. Entwicklungsländer in der Finanzkrise.
Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge Band 144, Berlin 1984

Ehrke, M.: Spekulation und Auslandsverschuldung: Die Fälle Mexiko und Argentinien
in: Ehrke u.a. (Hrsg.): Lateinamerika - Berichte und Analysen 8: Volkssouveränität und Staatsschuld, Hamburg 1984

Strahm, R.: Verschuldungsprobleme. Mechanismen der Verschuldung der Dritten Welt
in: ders.: Warum sie so arm sind. Wuppertal 1985

Haymoz, U.: Lateinamerika in der Schuldenkrise
in: Ginsburg/Ostheide: Lateinamerika vor der Entscheidung, Frankfurt 1984

Grenz, W.: Das lateinamerikanische Schuldnerkartell kommt nicht zustande
in: Jahrbuch 3. Welt 1985, München 1985

Altvater, E.: Der Teufelskreis der Auslandsverschuldung - Der Weltmarkt auf dem Weg in die Kreditkrise?
in: Prokla 52, 13. Jg., Berlin 1983 (*)

"Für freien Welthandel, gegen Protektionismus". Die Schlußerklärung des Bonner Weltwirtschaftsgipfels im Wortlaut
aus: Süddeutsche Zeitung, 6.5.1986 (*)

Wirth, G./Brackley G: Internationale Arbeitsteilung und US-Interessen

Ein nicht vorgebrachter Diskussionsbeitrag anlässlich des Verschuldungsseminars am 13./14.2.1984, Bonn (*)

Fues, T.: "Die internationale Verschuldungskrise": Eine subjektive Seminarwertung und Gedanken zu unserem weiteren Vorgehen, 16.2.1984 (*)

Fues, T./Vollmer, L: Plädoyer für eine alternative Konditionalität bei der Entschuldungsfrage. Einige kritische Thesen zu den "Überlegungen zur politischen Strategie der GRÜNEN" (*)

Altvater, E.: "Das Ende vom Anfang der Verschuldungskrise"
Januar 1984 (*)

epd Entwicklungspolitik Nr. 11/1986

darin: Bunzenthall, R.: Ein Schritt vor - zwei Schritte zurück. Schuldendiskussion in der SPD.

Fritsche, K.: Schulden der Entwicklungsländer beim RGW

Artikel aus den Lateinamerika-Nachrichten zu Verschuldungsproblemen:

Trotz wachsender Schulden - Das Kartell ist nicht in Sicht. LN 129
Die internationale Verschuldung. LN 122

Nichts Neues aus Seoul und Washington. LN 142

Lateinamerika: Krise als Dauerzustand. LN 146

Mittelamerika: Wie man aus Bananen Würgehölzer macht. LN 116

Argentinien: Einschätzung der neuesten Wirtschaftsmaßnahmen. LN 140

Bolivien: Anfrage der Grünen zur Verschuldung. LN 140

Brasilien: Stabilität statt Marktwirtschaft. LN 148

Mexiko: Vom Musterschüler zum Prügelknaben. LN 147

Internationale Verschuldung - ein alter Hut? LN 117

Wirtschaftskrise in Argentinien - eine Analyse der langfristigen Ursachen

in: Die Weltwirtschaft Nr. 2, Kiel 1985

Entstehung und Bewältigung von Verschuldungskrisen in Entwicklungsländern

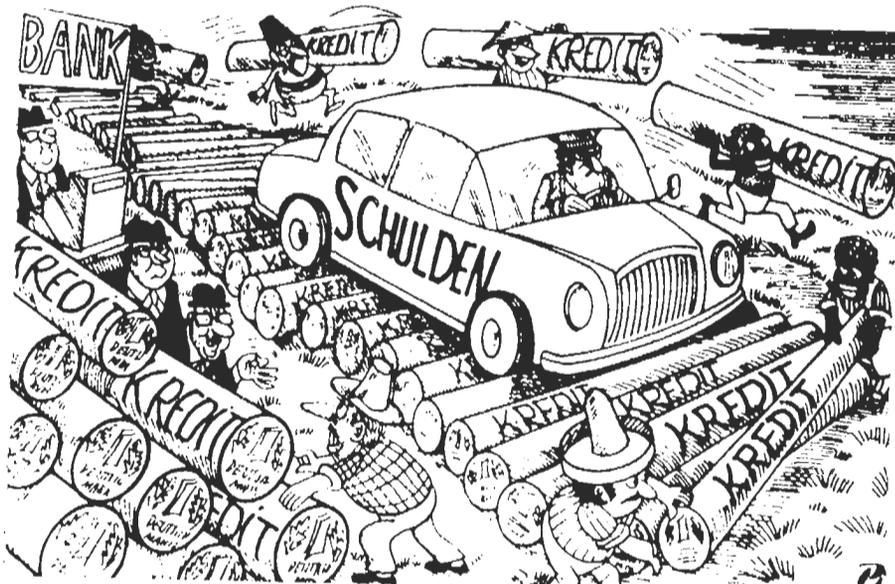
in: Die Weltwirtschaft Nr. 2, Kiel 1985

Diese Zeitschrift wird vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel herausgegeben und behandelt Weltwirtschaftsprobleme aus bürgerlicher Sicht und mit sehr vielen Fakten und Daten.

Hingewiesen sei noch auf den "Spiegel der lateinamerikanischen Presse", herausgegeben vom Institut für Iberoamerika-Kunde in Hamburg. Er enthält längere Presseartikel aus Lateinamerika, die - allerdings vorwiegend in Spanisch - den sehr Interessierten wichtige Hintergrundinformationen auch zur Verschuldungsfrage liefern, die sonst nur sehr schwer zugänglich sind. Erscheint monatlich.

Zum Schluß möchten wir noch unsere Leser, die sich vielleicht etwas erschlagen fühlen von dieser Liste, auf eine Broschüre hinweisen, in der auf grandios einfache Art das Thema Weltwirtschaft trotz aller Problematik noch humorvoll abgehandelt wird:

WELTWIRTSCHAFT, VON UNS FÜR SIE IN KLEINEN HÄPPCHEN. Herausgegeben und zu beziehen vom Aktionszentrum Arme Welt, Lange Gasse 12, 7400 Tübingen.



... und läuft und läuft ...

BRASILIEN

Tödliche Hilfe für Kleinbauern von der GTZ?

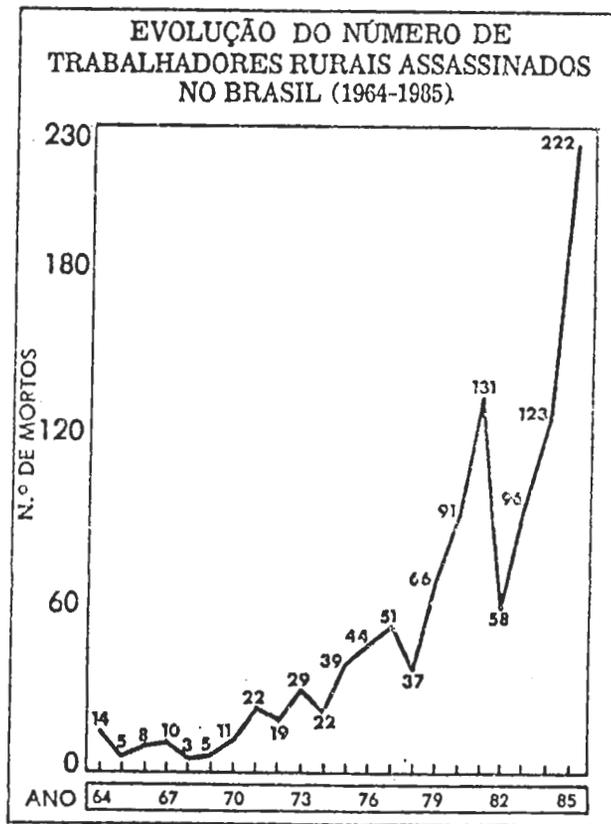
In einer der konfliktreichsten Regionen Brasiliens will die GTZ ein Projekt durchführen, das angeblich Natur und Menschen, d. h. den Kleinbauern, zugute kommt.

Die Auseinandersetzungen um die Agrarreform in Brasilien haben eine Zuspitzung der Konflikte auf dem Land bewirkt. Viele Großgrundbesitzer, allen voran diejenigen, die nur zweifelhaft oder eindeutig gefälschte Besitzdokumente haben (die sog. "grileiros"), sind zum Widerstand mit allen Mitteln gegen die gemäßigte Reformpolitik des Präsidenten Sarney -übrigens ebenfalls ein Großgrundbesitzer- übergegangen.

Die "ländliche demokratische Vereinigung" (UDR - "União Democrática Ruralista") kauft mit den Spenden ihrer Mitglieder Waffen ein, um sich notfalls den "Enteignungen", d. h. der Agrarreform, oder den "Invasionen", d. h. den Besetzungen ungenutzten Landes durch landlose Bauern zu widersetzen. So wird der steigenden Mobilisierung der Landarbeiter, Kleinbauern und landlosen Bauern die steigende Gewalttätigkeit der von den Großgrundbesitzern gedungenen Pistoleiros entgegengesetzt. Der Widerstand der Großgrundbesitzer ist so effektiv, daß selbst das gemäßigte Programm der Agrarreform, das nur sehr punktuelle Eingriffe und Enteignungen (mit Entschädigungen) vorsieht, nicht einmal in Ansätzen durchgeführt wurde und der Minister für die Agrarreform bereits seinen Rücktritt eingereicht hat.

Wichtige Unterstützung in ihrer Verteidigung gegen die Großgrundbesitzer erhält die arme ländliche Bevölkerung von der brasilianischen Kirche, was dazu geführt hat, daß rechte Großgrundbesitzer eine regelrechte Verleumdungskampagne gegen die katholische Kirche gestartet haben. Die brasilianische Bischofskonferenz hat u. a. mit der Exkommunikation von Politikern geantwortet, die sich darin besonders hervorgetan haben, wie der Gouverneur und hohe Beamte des Bundesstaates Maranhão.

In dieser Region im "mittleren Norden" des Landes sind die Landkonflikte aufgrund der zahlenmäßig starken Kleinbauern, der komplizierten und oft unüberschaubaren Eigentums- und Besitzverhältnisse und der in der letzten Zeit erfolgten "Erschließung" des Landes bzw. "Modernisierung" der Landwirtschaft besonders heftig: in den letzten Jahren sind Dutzende von Kleinbauern, insbesondere Gewerkschaftsführern, aber auch Rechtsanwälte und Priester ermordet worden. Zuletzt am 10. Mai 1986 in Imperatriz: der Pater Josimo Moraes Tavares wurde ermordet, weil er den Kleinbauern Rechtsbeistand leistete. Die UDR hatte auch hier angeblich ihre Finger im Spiel.



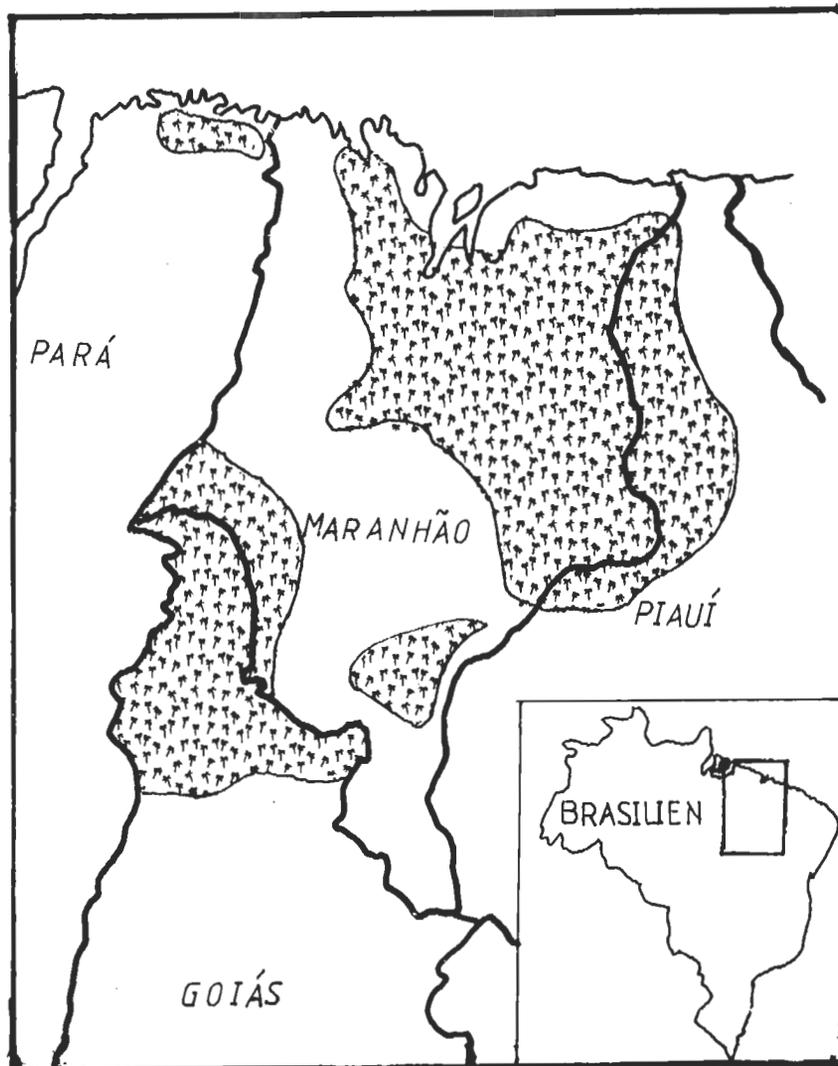
ENTWICKLUNG DER ANZAHL ERMORDETER LANDARBEITER (UND BAUERN) IN BRASILIEN (1964 - 1985).

Genau in dieser Region plant die GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) ein Projekt, daß hier in der Bundesrepublik als kleinbauernfreundlich verkauft wird. Ausgangspunkt dieses "Integrierte Nutzung des Babaçú-Waldes" genannten Projektes ist der an sich lobenswerte Versuch, der Zerstörung der für diese Region typischen Babaçú-Palmenhaine durch die "moderne" Landwirtschaft bzw. die Viehzucht entgegenzuwirken, in dem die industrielle Verarbeitung der Babaçú-Kokosnüsse intensiviert werden soll und somit der Erhalt dieser Wälder auch kurzfristig wirtschaftlich interessant werden soll. Bis jetzt werden ca. 80% des aus den Babaçú-Nüssen gewonnenen Öls für die Herstellung von Seife verwendet. Die Schalen werden teilweise für die Erzeugung von Holzkohle genutzt.

Für ca. 450.000 kleinbäuerliche Familien, die im Gebiet der Babaçú-Wälder leben (vgl. Karte), davon 350.000 allein im Maranhão, hat die Babaçú-Palme nicht nur eine wichtige Funktion innerhalb der Subsistenzwirtschaft, sondern auch als Einkommensquelle: da das Sammeln und vor allem das Knacken der Nüsse sehr arbeitsaufwendig ist, blieb diese Tätigkeit bisher den Kleinbauern, vor allem den Frauen, überlassen, die darauf zurückgreifen, wenn sie dringend Geld brauchen.

Der Arbeitsaufwand steht also in keinem Verhältnis zum sehr geringen Verdienst - Pächter müssen dem Eigentümer sowieso die Hälfte der Nüsse abtreten und ist nur möglich, weil es eine halbwegs funktionierende Subsistenzwirtschaft als kleinbäuerliche Existenzgrundlage gibt.

Das GTZ-Projekt sieht die Entwicklung und die Einführung einer Handknackmaschine vor, die die Verarbeitungsmöglichkeiten steigern würden. Einige wenige Arbeitskräfte könnten dann die Knackarbeit verrichten, die heute Tausenden als notwendige zusätzliche Verdienstmöglichkeit das Überleben als Kleinbauern sichert. Durch die Einführung dieser Maschine wird es interessant werden, möglichst viel Babaçú-Haine zu kontrollieren und den Zugang dazu zu erschweren, d. h. die schon bestehende Tendenz vieler Großgrundbesitzer und etlicher virtueller Grileiros, sich die existierenden Wälder anzueignen und sie einzuzäunen wird mit deutscher Entwicklungshilfe unterstützt werden und wird die gezwungene Abwanderung Tausender von Kleinbauern zur Folge haben.



 Gebiete der wichtigsten Babaçu-Wälder

Was die Betroffenen selbst darüber denken, kommt in einem Brief des Franziskanerpaters A. Temme aus dem Maranhão, der uns vor kurzem zugeht, sehr gut zum Ausdruck:

DOKUMENTATION: EIN BRIEF AUS MARANHÃO

Die GTZ plant seit Jahren das "Babaçu-projekt" zur "integrierten Nutzung des Babaçu-waldes im Nordosten Brasiliens".

Die Babaçu-palme liefert wetvolles Pflanzenöl und gibt den Sammlern den geschätzten Nebenverdienst durch das Brechen der harten Nüsse. Diese Arbeit wird mit dem Beil geleistet. Bisher gibt es keine bewährte Maschine, die die Handarbeit ersetzt. Es gibt wohl Fabriken, die aber auf Nebenprodukte aus sind und keinen Wert legen auf sauberes Brechen der Nüsse.

Das Babaçu-projekt setzt sich zum Ziel, den Palmenbestand zu retten. Über die Maßnahmen bin ich nicht im Bilde. Ich weiss nur von einem Nebenziel, das gefährliche soziale Folgen hat: Das Projekt entwickelt nämlich eine Hand-knackmaschine, und glaubt damit den Sammlern einen Dienst zu tun.

Vertreter des Projektes sind an mich herangetreten, um mich nach meiner Meinung zu fragen. Ich habe spontan geantwortet: Ich werde jeden Tag beten, daß die Maschine nicht klappt.

Das ganze Projekt kann ich nicht beurteilen, aber ich behaupte, daß die "integrierte Nutzung des Babaçu-waldes" nicht von der Handknackmaschine abhängt. Ich habe meine Bedenken geäußert, aber das Projekt geht unbeirrt weiter, und das schlimmste: es sind schon die ersten Verträge zwischen Deutschland und der Staatsregierung von Maranhão unterzeichnet.

Um meine Bedenken besser zu begründen, habe ich eine Gruppe von Frauen, die vom Brechen der Nüsse leben, aufgefordert, über die Wirkung einer solchen Maschine nachzudenken. Dabei habe ich eine präzise Frage gestellt, auf die alles ankommt: Haltet ihr es für möglich, daß eine solche Maschine unter eurer Kontrolle bleibt?

Die Frauen haben unabhängig von mir eine Versammlung gehalten und die Antworten schriftlich geliefert. Mich selbst hat es erstaunt, daß meine Frage kaum beantwortet wird: eben weil es für sie gar keine Frage ist: Die Maschine kommt in die Hand der Besitzer; da geht kein Weg dran vorbei.

Hier nun die Antworten der Frauen:

1. Wenn wir nicht Kokus brechen, sterben wir alle vor Hunger.
2. Wenn wir nicht mehr Kokus brechen können, wird

es uns dreckig gehen, denn wir leben vom Kokus. Wenn der Kokus nicht wäre, würden viele vor Hunger sterben.

3. Wenn sowas passieren sollte (wenn die Maschine käme), sollte die Regierung uns lieber eine Bombe auf den Kopf werfen, dann wäre das ganze Leid dahin. Die uns die Maschine schicken (die Deutschen) sollten uns lieber eine Bombe schicken. Was sollen wir hier noch tun, wenn wir keinen Kokus haben? Vor Hunger sterben? Klauen? Wenn ich klaue, schreit die Regierung.

4. Wir leben vom Kokus. Er ist zwar schon unter Kontrolle (Die Hälfte für den Pächter) aber ohne ihn wüßte ich nicht was aus uns werden sollte. Die Hausfrau, die keinen Kokus zum brechen hat ist schlimmer dran als der Mann der kein Land hat zum ackern.

5. Wenn sowas kommen sollte, wäre es die größte Ungerechtigkeit die wir in Maranhão gesehen haben.

6. Wir hören jeden Tag von Befreiung. Ist das etwa eine Art und Weise uns zu befreien?

7. Maranhão ist der Staat, wo der Arme am meisten zu leiden hat. Und die Schuld hat die Regierung. Denn sie dürfte nicht alles reinlassen was von auswärts kommt, es sei denn, es ist zu unserem besten. Wenn mal etwas kommt, das den Armen dient, läßt die Regierung es nicht rein.

8. Die Wahlen stehen vor der Tür, und der Gouverneur will in den Senat. (Es folgt ein saftiger Fluch, den ich übergehe)

9. Mit einer Maschine zum Kokosbrechen wird sich alles verschlechtern. Das Geld zum Einkaufen wird uns fehlen und auch die Kohle zum rennen (die Schale wird verkokst im Köhlersystem).

10. Hier in Maranhão ist das Kokosbrechen die einzige Möglichkeit der Frau, dem Mann zu helfen. Ein Familienvater mit 10 Kindern, bei einem Tagelohn von 30 Cruzados und bei der schrecklichen Inflation, verdient nicht genug zum essen. Aber die Kinder brauchen auch Kleider und Schuhe und Medikamente und Geld für die Schule. Wenn die Frau da nicht nachhilft, wie soll das gehen? Wenn kein Kokus mehr da ist, wie soll sie noch helfen?

Soweit die Antwort der Frauen.

Ich fühle mich verpflichtet, diesen Stimmen Gehör zu verleihen. Die deutsche Bevölkerung muß wissen, was die Frauen von dieser Entwicklungshilfe halten.

Die Maschine erzeugt Panik. Die Maschine nimmt uns den Kokus. Weshalb ist das so? Das will ich nun begründen.

Das Kokus-sammeln und brechen ist ein Relikt aus der Sammlerzeit und gehorcht archaischen Gesetzen, die nicht in die kapitalistische Privatwirtschaft hineinpassen. Das alte, ungeschriebene Gesetz sagt: der Kokus gehört den Bedürftigen. Man sagt dem Besitzer: Das Land gehört dir, aber der Kokus gehört uns. Dieses "Gesetz" hatte Geltung bis vor 10 Jahren und vielerorts gilt es noch. Der Besitzer pflegte den Monopol über den Verkauf der gebrochenen Nüsse zu fordern und hat daran genügend Gewinn. Der Kokus war frei. Seit einigen Jahren, im Zuge der Einzäunung großer Flächen, hat sich nun ein neuer Brauch eingebürgert. Der Besitzer ruft jemand und verkauft ihm das Recht (von der Bevölkerung als Unrecht angesehen) den Kokus allein zu sammeln. Der Pächter zahlt dafür mit einer Geldsumme oder in Dienstleistung: er muß die Weideflächen (von Palmen durchsetzt) regelmäßig frei schlagen, damit das Gras durch kommt. Das hat zur Folge, daß die Babaçú-keimlinge nicht mehr hochkommen.

Der Päch-



Frauen beim Babaçú-brechen

ter nun sammelt den ganzen Kokus allein auf und hortet ihn in einem Schuppen. Dann ruft er die Frauen und läßt sie den Kokus brechen unter dieser Bedingung: die Hälfte der gebrochenen Nüsse müssen sie von vornherein abgeben und die andere Hälfte der gebrochenen Nüsse kauft er für einen Preis, der unter dem Marktwert liegt, auswärts für einen besseren Preis zu verkaufen ist unter-sagt. Die Verschlechterung ist groß. Und an einigen Orten ist der Kokus wieder "befreit" worden durch gemeinsame Aktion der Gemeinden, aber im grossen ganzen herrscht das Pachtgesetz. Wie groß die Verschlechterung ist, will ich an einem Beispiel klar machen. Der Höchstpreis für Kokus war vor einigen Monaten 3 Cr fürs kg. Bei einer Tagesleistung von 10 kg könnte die Frau 30 Cr verdienen, wenn der Kokus frei wäre. Nun ist der Preis gefallen (er schwankt nach der Laune des Großeinkäufers). Die Pächter zahlen jetzt zwischen 2 Cr und 1,2 Cr. So daß die Frau für ihre verbliebenen 5 kg im Höchstfall noch 10 Cr verdienen kann. Der Pächter ruft die Frauen nur deshalb, weil er es nicht schafft, den Kokus allein zu brechen. Sollte die Maschine kommen, sind die Frauen ausgeschaltet. Gegen diese Logik kann kein guter Wille an.

Es gibt auch ökologische Gründe. Die Babaçúpalme wird von der Bevölkerung liebevoll als Mutter bezeichnet. Wenn die Traube ansetzt, braucht sie noch 9 Monate bis sie reif ist und von selbst Nüsse fallen läßt. Die Ernte verteilt sich fast auf das ganze Jahr. Nach dem alten Brauch der Sammler, wird die Nuß in kleinen Körben gesucht und gleich gebrochen. Es wird nicht gehortet. Das geht fast wie das Auflesen des Manna in der Wüste: die Vorsorge für den nächsten Tag ist verboten. Nur unter dieser Bedingung, daß jeder nur soviel sammelt wie er an einem Tag brechen kann, liefern die Palmen das ganze Jahr. Überall dort, wo gegen dieses Natur- und Gottesgesetz gesündigt wird, entstehen Dürremonate, wo plötzlich nichts mehr da ist. -

Seitdem das Pachtgesetz da ist, wird auf Raubbau gesetzt, so sehr, daß sogar die Trauben frühzeitig abgesägt werden. Das ist für die alte Mentalität eine große Sünde gegen die Natur wie eine Abtreibung. Eine Maschine würde nun das Harten noch mehr fördern, denn jetzt könnte man ja mehr leisten. Die Palmen würden überfordert und zurückgeworfen. Das ist keine Hypothese, sondern

eine Tatsache die schon zu beobachten ist, überall dort wo auf Leistung gesetzt wird. Ein Mehrleistung bei Einsatz der Maschine könnte nur wenigen zugute kommen, und das würde Arbeitslosigkeit erzeugen.

Das beweist, daß die Frauen recht haben. Die Panik ist wie bei den Webern, oder noch schlimmer, denn die Frauen haben keine Kraft für einen Aufstand.

Wir suchen dringend

**Fachärzte /-innen
sowie
Pflegepersonal
mit
Fachausbildung**

**GESUNDHEITS
BRIGADEN
FÜR
NICARAGUA**

**Gesundheitsladen
Berlin e.V.**

Gneisenastraße 2

1 Berlin 61

Tel. 030/693 2090

Spendenkonto 'Nicaragua'

PschA. Bln. W. Blz.: 100 100 10

Ktnr.: 385 13-105

HAITI

Drei Monate nach Duvalier

EIN REISEBERICHT

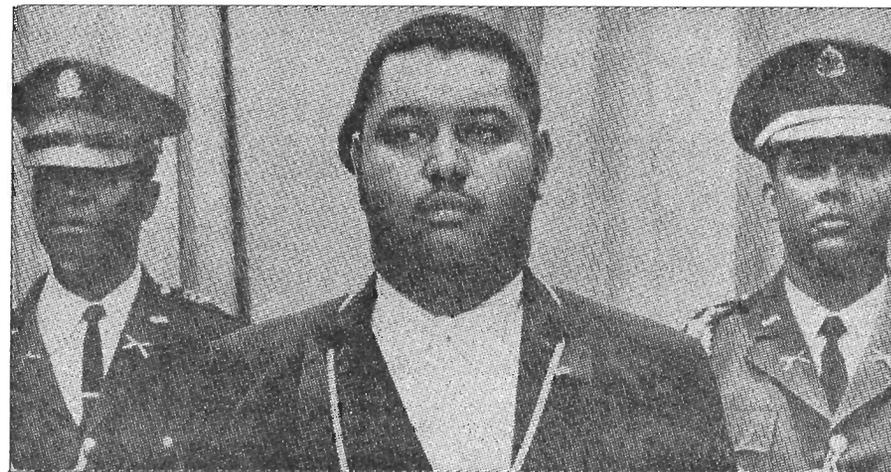
Es hat sich bewahrheitet, daß mit dem Abgang des "Präsidenten auf Lebenszeit" Jean Claude Duvalier der Duvalierismus nicht überwunden ist. Noch immer bestimmen Politiker und Militärs die politische Richtung, deren Aufstieg eng mit dem korrupten und repressiven System der Familiendiktatur verbunden war. Der Spielraum derjenigen Kräfte in Regierung und Verwaltung, die mehr wollen als nur die krassesten Auswüchse des Systems unterbinden, ist gering.

Die Hoffnungen, die im Volk mit der Bildung des Nationalen Regierungsrates im Februar verbunden worden waren, schwinden dahin. Immer lauter wird eine wirkliche Beseitigung des Duvalierismus gefordert. Es ist mittlerweile zu Straßenkämpfen gekommen, die in ihrer Intensität denjenigen nicht nachstehen, die zum Sturz Baby Docs führten. Barrikaden sperren zeitweise den Zugang zur Hauptstadt ab, der Generalstreik wird ausgerufen, wieder hat es Tote gegeben - Opfer des Militärs. Der Zorn vieler richtet sich nicht mehr gegen einzelne Symbole der Vergangenheit - der Ruf nach dem Rücktritt der Regierungsjunta weitet sich aus.

Der folgende Bericht von einer Reise nach Haiti ist für die englische Hilfsorganisation Christian Aid und enthält außer einer Kennzeichnung der gegenwärtigen politischen Lage einige Informationen zu den strukturellen Hintergründen der wirtschaftlichen und politischen Krise des Landes. Im nächsten Heft wird der Artikel mit Abschnitten über die Lage der Gesundheitsversorgung, über die Volksorganisationen und die Kirchen fortgesetzt.

"CHAK 4 ANS" - Diese Parole, eine Forderung nach freien Wahlen der haitianischen Regierung alle vier Jahre prangt nicht nur an vielen Häuserwänden in der Hauptstadt Port au Prince, sondern auch in Provinzstädten wie Cap Haitien im Norden und Jeremie im äußersten Südwesten des Landes. Die buntbemalten kleinen Taxis "tap-tap" tragen den Slogan ebenfalls, wenn sie mit Fahrgästen überladen durch die Straßen rollen. Nach 29 Jahren der Diktatur sind freie Wahlen für die haitianische Bevölkerung zu einem Symbol von Freiheit schlechthin geworden - oder vielleicht wäre es richtiger zu sagen: für die städtische Bevölkerung Haitis. Die vier Fünftel Haitianer, die auf dem Lande leben, teilen zweifellos das allgemeine Gefühl der Erleichterung darüber, daß den Tonton Macoutes, jener schrecklicher Geheimpolizei der Duvalier-Diktatur, die Macht weitgehend entzogen wurde. Aber ein Demokratieverständnis, nach

dem jeder Erwachsene eine Stimme hat, bedeutet diesen "paysans" wenig, von denen die meisten bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 50 Jahren kein anderes politisches System außer der Regierung der Duvalier-Dynastie kennenlernen konnten. Seit dem Sklavenaufstand, der 1804 damit endete, daß Haiti zur weltweit ersten unabhängigen schwarzen Republik wurde, gab es dort ohnehin keine Demokratie. Da eine demokratische Tradition fehlt, zu der man zurückkehren könnte, und auch wegen der gegenwärtigen Spannungen, denen der Nationale Regierungsrat (Conseil National de Gouvernement - CNG) unterworfen ist, herrscht allgemein ein Gefühl von Unsicherheit vor. Niemand weiß, wie lange der gerade gewonnene politische Spielraum bestehen wird. Wesentlich ist, daß sofort und ohne Zeitverluste die notwendigen Schritte unternommen werden, um die Grundlagen für ein zukünftiges demokratisches System zu errichten: so stabil wie irgend möglich.



Jean-Claude Duvalier zu "Lebzeiten" - umrahmt vom Militär

DIE PROVISORISCHE REGIERUNG

Diese schwierige Aufgabe ist dem provisorischen CNG unter Vorsitz von General Henri Namphy zugefallen. Namphy selbst ist hochangesehen aufgrund seiner Weigerung, sich an Machtmißbräuchen zu beteiligen, die das Duvalier-System seinerzeit von den Streitkräften erwartete. Trotzdem ist der CNG Zielscheibe zunehmender Kritik, die sich gegen seine offensichtliche Unentschlossenheit und mangelnde Bereitschaft, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, richtet.

Vor allem sorgt sein Zögern, ehemalige Duvalieristen und Macoutes vor die Gerichte zu bringen, für weitverbreitete Unzufriedenheit. Streitkräfte und diplomatisches Korps blieben auch nach dem Februar, dem Tag vom Duvaliers Abreise, dieselben; Säuberungen auf der Ebene der Zentralregierung und im Staatsdienst waren nur äußerst unzureichend. Der neue Justizminister, Francois Latortue, ist die meisten der Commissaires du Gouvernement (Regierungsvertreter an den Gerichtshöfen) zwar aufgrund von Korruption losgeworden, aber die allgemeine Forderung nach "dechoukage", das heißt nach der Entmachtung all derer, die unter dem alten Regime wichtige Positionen innehatten, wird wohl noch lange nicht erfüllt werden. Die Menschen wollen außerdem ein konkretes Programm zur Bildung einer verfassungsgebende Versammlung und zur Vorbereitung von Wahlen sowie ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die zusammen mit Unterbeschäftigung derzeit auf 70% geschätzt wird.



General Namphy,
der schwache
starke Mann

BISHERIGE MASSNAHMEN

Die bis heute bedeutsamsten Maßnahmen des CNG waren die Befreiung aller politischen und anderen Häftlinge sowie die Einführung der neuen alten Nationalfarben Rot und Blau. Francois Duvalier hatte das Blau durch Schwarz ersetzt; als

Symbol für die Vorherrschaft der schwarzen Bevölkerung über die Mulatten. Der gesamte Besitz Duvaliers wurde verstaatlicht: vierzehn Gebäude wurden dem Staat übereignet, mehrere hundert wertvolle Gemälde kamen ins Nationalmuseum. Der Besitz der Bennetts hingegen, d.h. der Familie von Duvaliers Frau, wurde nicht angerührt. Das meiste davon war allerdings bereits mehrere Jahre zuvor der National Bank verpfändet worden - ein kluger Schachzug von Jean-Claudes Schwiegervater Ernest Bennett.



Ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm war ebenfalls angekündigt worden - bisher ohne sichtbare Schritte in Richtung auf seine Realisierung. Als im April in Port au Prince 7000 Stellen zu besetzen waren und sich ca.10.000 Arbeitswillige einfanden, war kein einziger Regierungsvertreter zur Klärung der Situation zur Stelle. Stattdessen wurde die Armee eingesetzt, um die entstandene Unordnung zu unterdrücken: Ein Ereignis, das für die Schwierigkeiten, mit denen der CNG infolge der fortgesetzten Präsenz vieler Duvalieristen auf allen Ebenen der Ministerien zu kämpfen hat, bezeichnend ist. Ohne Zweifel gab es viel Wichtigtuerei und viel falschen Alarm, aber auch versuchte Sabotage, um die Pläne der provisorischen Regierung zu stören oder zu Fall zu bringen.

Ein anderes empfindliches Kapitel ist das der Gehälter. Man sagt, daß einige Minister nach wie vor bis zu 60.000 Dollar(!) monatlich einstreichen. Der Druck von außen gegen diese Art von Korruption stößt offensichtlich auf den erbitterten Widerstand der jeweiligen Regierungsfunktionäre.

Die verschiedenen Positionen innerhalb der Regierung können ein Grund dafür sein, daß es nicht gelungen ist, die Bevölkerung in angemessener Form über (geplante) Aktivitäten zu informieren. Auch sind die Spaltungen für die Tatsache verantwortlich, daß der CNG zum Thema Arbeiterlöhne die Position eines klaren Jeins, eine "neutrale" Haltung einnimmt. Einerseits hat er die Arbeitgeber zu mehr Großzügigkeit bewegen wollen; andererseits drängt er die Arbeiter sich gewerkschaftlich zu organisieren, um ihren Forderungen von einer stärkeren Position aus mehr Gewicht zu verleihen. Aber das Gesetz, das die Mindestlöhne auf drei Dollar pro Tag festlegt, ist nicht geändert worden.

"PARTIZIPATION" DER BEVÖLKERUNG

Bei verschiedenen Gelegenheiten äußerte Namphy seinen Wunsch, ein demokratisches System zu schaffen. Zum Beispiel war er es, der sehr starken Druck ausübte, um Wahlen auf allen Ebenen, einschließlich der kleinsten Einheiten des staatlichen Apparates auf dem Land durchzuführen. Es hat keine offizielle Ankündigung einer möglichen Agrarreform gegeben, aber dort, wo landlose Bauern oder obdachlose Stadtbewohner Land besetzen, ist die Regierung nicht eingeschritten. In vielen Fällen scheint Namphy darauf gewartet zu haben, daß die Bevölkerung selbst aktiv wird - um dann den Eindruck zu erwecken, Maßnahmen aufgrund des Druckes der Bevölkerung zu ergreifen. Tatsächlich findet politische Partizipation in Haiti derzeit auf diese Weise statt. Auf jede Regierungshandlung reagiert die Bevölkerung entweder mit schweigender Zustimmung oder mit lautstarken Protesten auf der Straße. Wenn letzteres anlässlich neuer Ernennungen die Reaktion war, gaben Regierung und lokale Behörden klein bei. Dies war der Fall in Cap Haitien bei der Aufstellung von zwei Abgeordneten für die zukünftig verfassungsgebende Versammlung. Die offizielle Ernennung des Direktors der Zentralbank wurde nach Protesten der Bankangestellten ebenfalls rückgängig gemacht. Alle Bürgermeister sind durch allgemeines Einverständnis auf diese Art und Weise "gewählt" worden.

DIE OHNMACHT DER REGIERUNG

Ursache für die Schwäche der Regierung ist die Tatsache, daß sie keine soziale Klasse oder Gruppe hinter sich hat. Ihre Macht ist lediglich allein von den Streitkräften und vom Wohlwollen der US-Regierung abhängig. Daran liegt es auch, daß die Demonstrationen und Streiks in Portau Prince von vielen Leuten mit gemischten Gefühlen betrachtet wurden und werden. Die Bevölkerung in den Provinzen ärgert sich über das gegenwärtige Geschrei aus der Hauptstadt, zumal es in den letzten Monaten des Duvalier-Regimes in den Provinzstädten war, wo sich die Menschen erhoben und viel riskier-

ten, um Jean Claude loszuwerden. Streikende Arbeiter werden von den Arbeitslosen oft als Privilegierte betrachtet, die einfach mehr Geld wollen, obwohl sie doch bereits ein Einkommen haben. Es stimmt, daß die Gegensätze zwischen den Armen und den Reichen Haiti in Port au Prince am klarsten zutage treten, aber die Demonstranten haben dieses Problem nie thematisiert. Wahrscheinlich finden diejenigen Proteste landesweit die breiteste Unterstützung, die gegen die immer noch ungestört in den wohlhabenden Kreisen der Hauptstadt umherlaufenden zahlreichen Macoutes gerichtet sind. Aber es gibt allgemein den Eindruck, daß den Stimmen aus den Provinzen und natürlich den Bauern nicht hinreichend Gehör geschenkt wird. Und es gibt die Furcht, daß Port au Prince die von den Provinzen herbeigeführte Chance für einen neuen demokratischen Start in Haiti verspielt.



Es ist sicherlich richtig, daß der CNG wenig Raum zum Manövrieren hat. Es ist bekannt, daß einige Minister des alten Regimes wie Franck Romain, Monod Philippi und die Brüder Claude und Adrian Raymond sich verschworen hatten, um die Kontrolle über das Land zurückzugewinnen, wobei sie nicht besonders daran interessiert waren, den Duvalierismus von neuem zu errichten. Ihr Anliegen war schlicht und einfach die Aufrechterhaltung ihrer langjährigen Privilegien.

DIE STREITKRÄFTE

Francois Duvalier traute dem Militär nicht. 1963, kurz nach seiner Ernennung zum Präsidenten auf Lebenszeit, befahl er die Hinrichtung von 19 Generälen. Danach baute er seine Geheimpolizei auf, die Tonton Macoutes, beziehungsweise die "Freiwilligen der

nationalen Sicherheit", wie Jean-Claude sie beschönigend zu nennen vorzog. Man hat die Zahl der Macoutes auf über 300.000, gegenüber nur 7.000 Militärs geschätzt. Ungefähr 20% der Streitkräfte waren/ sind ebenfalls Macoutes. Die Polizei ist eine Einheit der Armee, sie macht fast 50% davon aus. Nicht nur die bekannte Eliteeinheit "Leoparden" (600 Mann) wurde von den USA ausgebildet, die ganzen Streitkräfte wurden direkt oder indirekt von den Amerikanern - hauptsächlich für Einsätze gegen die Zivilbevölkerung - trainiert. Die Rufe der Bevölkerung zu Beginn dieses Jahres "Nieder mit Jean-Claude! Lang lebe das Militär!" spiegelten eher die Feindseligkeit gegenüber Duvalier und seiner Tonton Macoutes wider als ein allgemeines Vertrauen in die Armee.

NAMPHY UND DAS MILITÄR

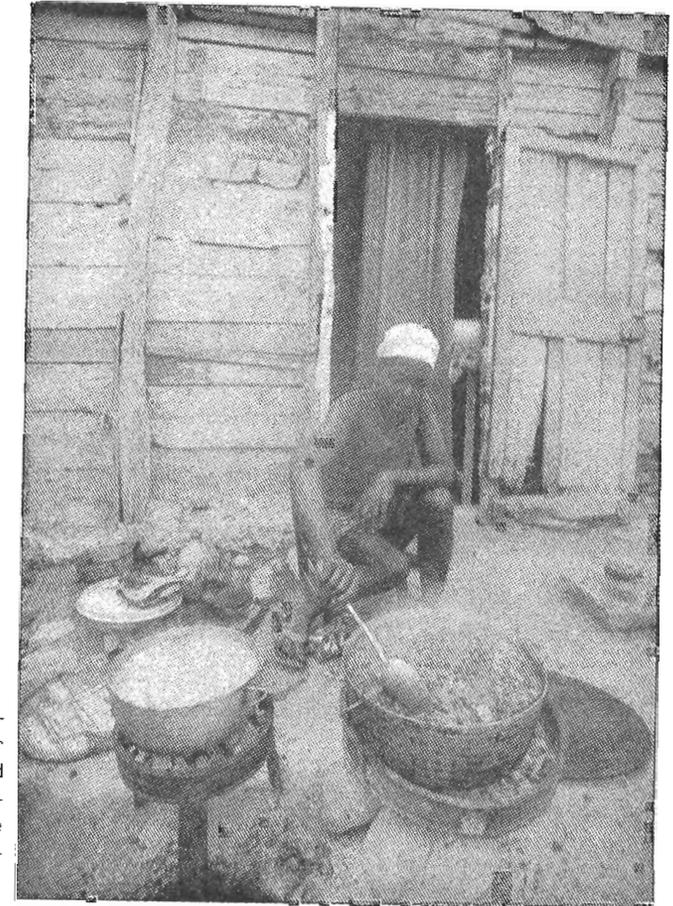
Namphy repräsentiert eine Minderheit innerhalb dem gemäßigten Sektor der Militärs. Damit steht er sehr allein, denn die Armee ist immer noch in den Händen der Duvalieristen. Die beiden Generäle, die den CNG wegen allgemeiner Ablehnung verlassen mussten, haben ihre ehemalige Position in der Armee wieder eingenommen. Namphy ist unfähig, irgendwelche Säuberungen durchzuführen. Es ist bekannt, daß gewisse Sektoren der Streitkräfte schon Kontakt mit dem extremen rechten Flügel aufgenommen haben und mit Vorbereitungen eines möglichen Militärputsches begannen. Die Ereignisse in Fort Dumanche am 26.4.1986 zeigten allzu deutlich, daß Namphy gegenüber den Streitkräften machtlos war, und daß die Streitkräfte dazu bestimmt waren, zu zeigen, wer die Macht im Staate hat. Fort Dumanche ist ein Militärstützpunkt in Port au Prince, in dem unzählige Gegner des Duvalier-Regimes gefangen waren, gefoltert und ermordet wurden. Am 26. April fand eine Demonstration mit mehreren tausend Menschen statt, zum Gedächtnis all jener, die durch die Hände der Macoutes gestorben oder verschwunden sind. Die Demonstration stand unter der Schutzherrschaft der Kirche und war als friedliche Veranstaltung geplant. Als jedoch die Menge sich dem Fort näherte, drang eine kleine Gruppe (Agitatoren des rechten Flügels in der Hoffnung auf trouble?) darauf, das Gebäude zu stürmen. In diesem Moment gerieten - scheinbar - einige Wachsoldaten in Panik und schossen auf die Menschenmenge. Sechs Menschen wurden getötet. General Namphy hatte keinerlei Schritte unternommen, um die Katastrophe zu verhindern und blieb auch im Nachhinein untätig. Ganz offensichtlich hat er die Streitkräfte nicht unter Kontrolle.

DIE USA

Die andere Macht, mit der Namphy ständig ringen muß, ist die US-Regierung. Seit dem Sturz Duvaliers gab es einen kontinuierlichen Fluss nordamerikanischer Delegationen, um die aktuelle Regierung zu beobachten und zu beraten. Darunter befanden sich General Fred Gordon (im Auftrag der interamerikanischen Abteilung des Verteidigungsministeriums), General Walters, Elliott Abrams

(Viceminister für lateinamerikanische Angelegenheiten) und Walter Fautroy (Black Caucus Delegation).

All diese Delegationen waren geradezu versessen, Haiti bei der Errichtung einer antikommunistischen "freien" Demokratie mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Praktische Hilfe kam in Gestalt von 4 Millionen Dollar für die haitianische Armee. "Anti-Unruhe"-Ausrüstung im Werte von 500.000 Dollar hat das Pentagon geschickt. Darunter befinden sich Gas und Gasmasken, Gummigeschosse, Gewehre und Walkie-Talkies. Erst nach den Geschehnissen bei Fort Dimanche sprach sich Fautroy gegen diese Art von militärischer Hilfe aus. Unter Haitis linken Intellektuellen gibt es eine starke anti-amerikanische Stimmung. Die Gefahr einer amerikanischen Invasion, falls die Situation zu chaotisch oder die Massenbewegung zu stark würde, ist uns gegenüber oft erwähnt worden. Schließlich ist Haiti genau wie Grenada strategisch zu wichtig für die USA, als daß man sich seine Freiheit leisten könnte.



Reis und schwarze Bohnen, auf dem Feuer vor der Hütte gekocht, sind immer noch das Hauptnahrungsmittel für die Mehrheit der Bevölkerung.

TATSACHEN ÜBER DIE WIRTSCHAFT

Alle Statistiken, so verschieden sie auch sein mögen, zeichnen ein Bild extremer Armut für die Masse der Bevölkerung. Dieses statistische Bild wird von dem halbnackten Kindern mit geschwollenen Bäuchen und mit Beinen wie Streichhölzern bestätigt, die man vor allem in den entlegenen ländlichen Regionen sieht. Nach Angaben der Weltbank waren Ende der 70er Jahre 87% der haitianischen Kinder unterernährt. Wir sind in keine städtischen Slums gegangen, aber in Cap Haitien sah ich Behausungen, die denen der Favelas von Rio de Janeiro sehr ähnelten. Die Landbevölkerung lebt in winzigen Einzimmer-Häuschen, die zumeist aus Lehm sind. In Wirklichkeit aber leben sie unter freiem Himmel, und in dem einen Raum schläft die ganze Familie. Als ich vorüberging und sah, wie sich die Leute in den Flüssen waschen, erinnerte ich mich wieder daran, daß Privatheit ein Luxus der Reichen ist.

Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Haiti beträgt 379 \$ im Jahr (in der Dominikanischen Republik sind es 1200 \$). Das durchschnittliche ländliche Einkommen liegt zwischen 150 und 200 \$. Ende der 70er Jahre vermutete die Weltbank, daß 61% der haitianischen Bevölkerung ein geringeres Jahreseinkommen als 60 \$ hatte. Nach der gleichen Statistik besaßen 3800 Familien 80% des Reichtums. (Die gesamtbevölkerung von Haiti beläuft sich auf etwa 5 Millionen Menschen.) Die Armen sind nicht nur unterernährt und haben unangemessene Wohnungen, sie sind auch Analphabeten. Mindestens 79% der haitianischen Bevölkerung kann weder lesen noch schreiben. Das überrascht nicht, da 50% der Primarschulen und 82% der Sekundarschulen privat sind und Gebühren erheben. Obwohl die staatlichen Schulen umsonst besucht werden können, müssen die Kinder dort Schuhe und Schuluniformen tragen. Die Eltern müssen außerdem die Bücher und Schreibmaterialien bezahlen. In den ländlichen Gebieten müssen die Kinder außerdem zum Teil mehrere Stunden gehen, um überhaupt zu einer Schule zu kommen.

LANDVERTEILUNG UND ARMUT

Da etwa 75-80% der haitianischen Bevölkerung auf dem Land leben, hat die Landverteilung einen direkten Einfluß auf die Armut der Mehrheit. Es gibt relativ wenige sehr große Besitztümer in Haiti; sie liegen vor allem im Norden. Das hat historische Gründe, da die Landverteilung stark von den Generälen bestimmt war, die zur Zeit der Unabhängigkeit die einzelnen Regionen beherrschten. Aus wirtschaftlichen Gründen entschieden die Generäle im Norden, die großen Plantagen zu erhalten. Viele von ihnen sind heute unproduktiv. Uns wurde von einer Sisalplantage an der Grenze zur Dominikanischen Republik erzählt, die mit dem Aufkommen synthetischer Fasern ihre Produktivität einbüßte, aber trotzdem erhalten wurde - voll mit halb-vernachlässigten Sisalpflanzen.

Aber auch diese Plantage ist kleiner als 20 000 Hektar, was für lateinamerikanische Verhältnisse nicht sehr groß ist. Aber für einen Bauern, der 0,1 Hektar zum Leben hat, kann eine kleine Ecke dieser Sisalfelder den Unterschied zwischen Gesundheit und Krankheit oder gar zwischen Leben und Tod bedeuten.

In der Gegend um Jeremie, im Südwesten, wurde das Land direkt nach der Unabhängigkeit in kleine Felder aufgeteilt. Durch Erbschaftsgesetze und Gebräuche wurden sie immer weiter aufgeteilt, bis sie fast verschwanden. In dieser Region begann der Prozeß der Landakkumulation dadurch, daß verschuldete Bauern ihr Land verkaufen mußten. Trotzdem liegt es zum Teil an der unterschiedlichen Landverteilung in dieser Region, sowie an stärkeren Regen-



Zum ärmsten Land Amerikas geworden: Elend der Kleinbauern auf Haiti

fällen und dem Fortbestand von Wäldern, daß die Armut im Südwesten geringer ist als im extremen Norden oder auf dem Zentralplateau.

Ein Drittel des Landes gehört dem Staat. Viel von diesem Boden ist relativ billig an Leute verpachtet worden, die ihn dann "a moitie" weiterverpachteten. Das bedeutet, daß der Bauer 50% der Ernte an den Hauptpächter abgeben muß, der zumeist in der Stadt wohnt. Daher gibt es viele Leute, die als Pächter oder gar als Eigentümer einer kleinen Parzelle gerade eben ihre Existenz und die ihrer Familie sichern können; darüber hinaus gibt

es die allerärmsten Bauern, die überhaupt kein Land besitzen. Viele Bauern, die Land hatten, aber keinen Rechtstitel besaßen, wurden unter Duvalier von den örtlichen Tonton Macoutes vertrieben. Da es 50 \$ kostet, ein Stück Land registrieren zu lassen, können nur wenige Bauern es sich leisten, ihren Besitz zu legalisieren. Die Tonton Macoutes machten sich oft zu Grundherren, die die Pacht der Bauern einstrichen. Sie benutzten ihre Macht, die Abgaben immer mehr zu erhöhen. In einigen Teilen des Landes, z.B. auf der Insel La Gonave vor der Westküste, ist diese Praxis immer noch üblich. Eine Landreform ist dringend erforderlich, um den Lebensstandard auf dem Land zu erhöhen.

Die Möglichkeit, mehr Lebensmittel anzubauen, würde durch die Reduzierung von Fehlernährung und Krankheiten mehr wirtschaftliche Sicherheit bewirken. Denn eine der häufigsten Arten des Landverlustes ist es, wenn Bauern im Krankheitsfall eine Hypothek aufnehmen, um die Arztkosten bezahlen zu können.

Die mangelnde Stabilität der Landnutzung hat langfristig negative Wirkungen auf die ländliche Wirtschaft. Zum Beispiel wird kein Bauern Geld in Bäumen investieren, wenn er nicht sicher sein kann; das Land lange genug behalten zu können, um den Nutzen davon zu haben. Die Erosion hat 33% des Bodens für die landwirtschaftliche Nutzung unbrauchbar gemacht, ein Prozeß, der anhält. Jedes Jahr gehen 6000 Hektar durch die Erosion verloren. Der Prozeß der Entwaldung wurde von Francois Duvalier beschleunigt, der große Flächen Wald fällen ließ, um zu verhindern, daß sich Guerillagruppen in den Bergen versteckten. Aber die Entwaldung wird zum Großteil von der Landbevölkerung verursacht, die vom Holz als ihrem einzigen Brennstoff abhängt. Viele Bauern widmen sich auch der Köhlerei als einer sicheren und schnellen Geldquelle. Jedes Jahr werden in Haiti 50 Mio. Bäume gefällt und nur 6 - 10 Mio. neugepflanzt. Im Moment sind noch 3,6% des nationalen Territoriums bewaldet, 1996 werden es weniger als 1% sein.

Ein anderes großes Problem der haitianischen Landwirtschaft ist die Trockenheit. Nur 15-20% des Ackerbodens werden bewässert. Sogar in Gegenden nahe von Flußufern kann die Ernte vertrocknen. Regen fällt nicht verlässlich. 1985 kam der erwartete Regen gar nicht. Das Ergebnis war ein Lebensmittelmangel, der bis zu den Ernten vom Juli und August dieses Jahres nicht ausgeglichen sein wird.

DER SCHWEINEKRIEG

Ein harter Schlag für die Existenz von Tausenden von Bauernhaushalten war die Schlachtung aller Schweine in der Folge des Ausbruchs des Afrikanischen Schweinefiebers 1978. Sie geschah nach Drängen der US- und der kanadischen Regierung, zum Teil mittels des "Projekts zur Ausrottung des Afrikanischen Schweine-

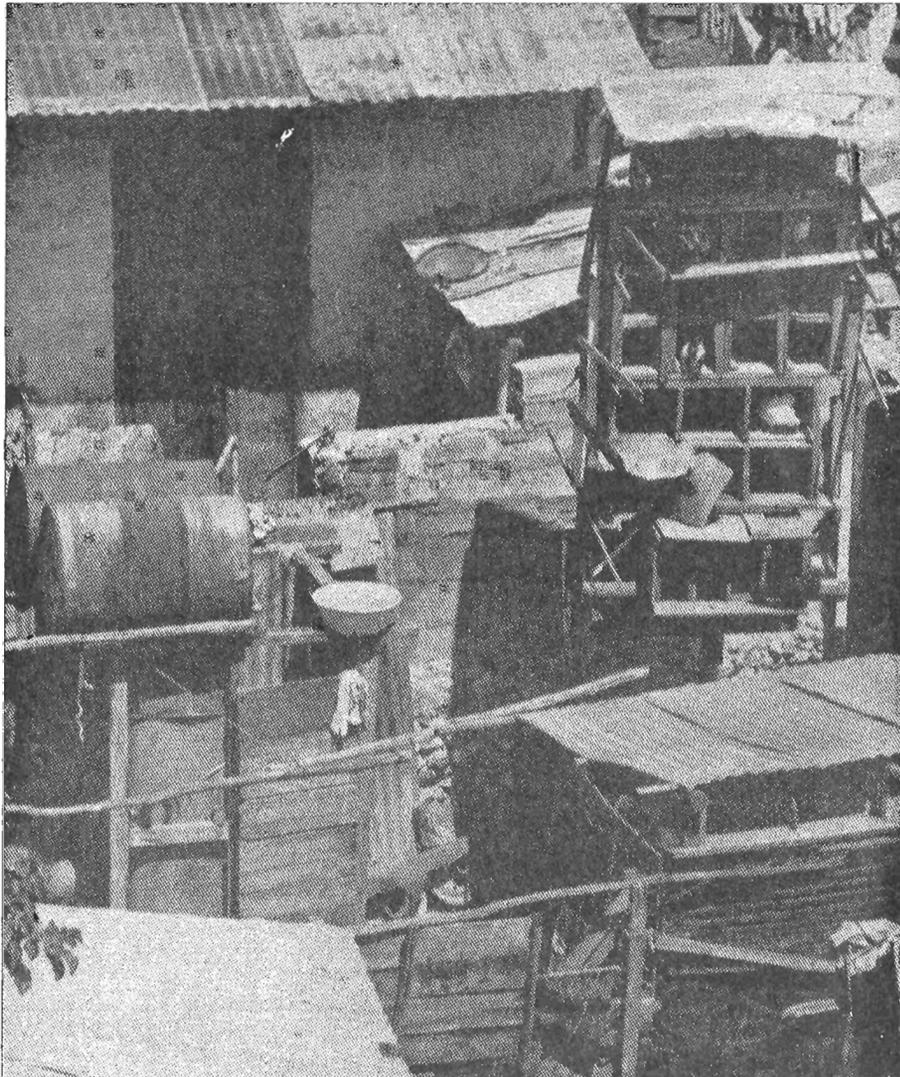
nefiebers und zur Entwicklung der Schweineindustrie", das 1981 von der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen, dem IICA (Interamerikanisches Institut für landwirtschaftliche Wissenschaften), einem Zweig der Organisation Amerikanischer Staaten, und der Interamerikanischen Entwicklungsbank gestartet wurde. USAID (die US-"Entwicklungsbehörde", Anm. d.LN) verheimlichte nicht, daß es das Ziel des Programms war, "ein für alle mal das haitianische Modell der Schweinezucht auszurotten, dessen 'primitive' Bedingungen jederzeit eine Quelle von Belästigungen der modernen Schweineindustrie sein kann". Am Ende der Kampagne waren 1,2 Mio. Schweine getötet. Die Organisation Amerikanischer Staaten stellte für die Entschädigung der Bauern 9,3 Mio. \$ zur Verfügung. Es erübrigt sich zu sagen, daß die armen Bauern, deren ganzes Überleben von ihrem Schwein abgehungen hatte, nie auch nur einen Cent von diesem Geld sahen.

Von all dem profitierten die US-Schweinefarmer, die bereits Schweine für 154 Mio. \$ nach Haiti exportieren konnten. Das Problem ist, daß diese Schweine nicht nur extrem teuer sind, sondern daß auch ihre Haltung sehr kostspielig ist, da sie nur aus den USA importiertes Futter fressen und da sie Medikamente gleicher Herkunft benötigen. Jetzt, da das haitianische Schwein ausgerottet ist, ist die einzige Hoffnung der Bauernschaft, daß die Regierung den Import einer karibischen Rasse erlaubt, die auf Guadalupe gezüchtet wird. Diese Schweine fressen fast alles und sind kräftig genug, ohne Medizin gesund zu bleiben. Bis jetzt hat der CNP sich dem US-Druck gebeugt und das Verbot des Imports dieser Schweinerasse aufrechterhalten.

Die USA haben die bäuerlichen Wirtschaften nicht nur durch die Ausrottung der Schweine geschädigt, sondern auch durch eine umfangreiche Lebensmittelhilfe. USAID hat dafür einheimische Hilfsorganisationen bei der Verteilung benutzt. Vor dem Sturz Jean Claude Duvaliers im Februar aßen 600 000 Haitianer, also über ein Zehntel der Bevölkerung, Lebensmittel, die über Hilfsprogramme importiert wurden. Diese Programme haben negative, und zum Teil sogar katastrophale Auswirkungen auf den lokalen Märkten gehabt: Importierter Weizen wird z.B. viel billiger verkauft als der heimische Mais.

Die Bauern, die überhaupt in der Lage sind, einen Teil ihrer Ernte zu verkaufen, werden auch auf andere Art um ihre Gewinne betrogen: In entlegenen Gegenden sind sie gezwungen, an Zwischenhändler zu verkaufen, die ihnen nur einen Bruchteil des Verkaufspreises zahlen. Sogar die, die selbst auf den Markt gehen - was fast ausschließlich die Frauen der Familie tun -, müssen ruinöse Verkaufssteuern bezahlen. Gegen Ende der Duvalier-Herrschaft wurde z.B. für eine verkauften 100-Pfund-Sack Zucker 10 \$ an Steuern verlangt. Die nationale Handelskammer, die kürzlich eine neue Leitung wählte, hat angekündigt, daß sie für

die Abschaffung dieser ruinösen Steuer kämpfen will. Ob der CNG die Steuergesetze ändern wird, hängt von seiner politischen Macht gegenüber den Monopolen ab. Es lag an den hohen Steuern und an der Unbarmherzigkeit der Zwischenhändler, daß die Kleinbauern den Kaffeeanbau aufgegeben haben, obwohl dies Haitis einträglichstes Erzeugnis ist. Die wichtigste Devisenquelle ist so verloren gegangen.



Städtische Lebensbedingungen

ARMUT IN DEN STÄDTEN

Wie anderswo in der Dritten Welt führt die Armut auf dem Land zu einem Massenexodus in die Städte, v.a. nach Port au Prince und Cap Haitien. Der Umfang dieser internen Migration hat wahrscheinlich nach den schlechten Ernten des Vorjahres zugenommen. Bei einer Arbeitslosigkeit von 70% und einem täglichen Mindestlohn von 3 \$ bieten die Städte den hungrigen Bauern aber wenig Trost. Die einzigen großen Industrien sind die US-amerikanischen Montagefabriken, von denen es etwa 200 in Port au Prince und etwas mehr in Cap Haitien und Gonaives gibt. In Port au Prince beschäftigen diese Fabriken etwa 25 000 Menschen, von denen die große Mehrheit Frauen sind. Viele verdienen sogar weniger als den gesetzlichen Mindestlohn. In diesen Montagefabriken werden nicht nur Baseballs produziert - hier ist Haiti der größte Hersteller der Welt, obwohl dieser Sport in Haiti nicht gespielt wird -, sondern auch Elektronikzeugnisse, Schuhe und Kleidung. 10% der Produkte werden auf dem lokalen Markt verkauft, 90% werden in die USA zurückexportiert. Das Duvalier-Regime erlaubte es den US-Gesellschaften, 100% ihrer Profite zu exportieren.

Da Stadtbewohner eher vom Kauf von Lebensmitteln abhängen als Landbewohner, wurden die Armen in den Städten von der 18%igen Inflation 1985 besonders hart getroffen. Zwischen 1971 und 1984 hatten die städtischen Arbeiter bereits 62% ihrer Kaufkraft verloren.

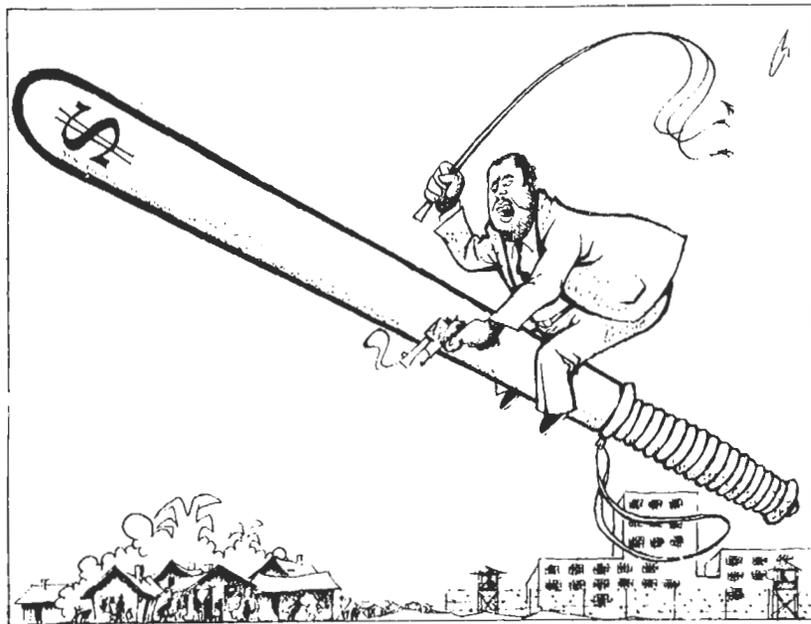
DAS ERBE DER KORRUPTION

Die haitianische Wirtschaft sah nie sehr rosig aus, seitdem die Führer der Unabhängigkeitszeit von Frankreich gezwungen worden waren, für die enteigneten Sklavenplantagen riesige Entschädigungen zu zahlen. Aber der Familie Duvalier gelang es, die Wirtschaft vollständig zu ruinieren. Der größte Teil des Volkseinkommens wurde an Freunde und Verwandte der Duvaliers sowie an Mitglieder und Unterstützer der Regierung verteilt. Es gibt 390 Millionäre in Haiti. Jean Claude Duvalier selbst bediente sich jeden Monat mit riesigen Summen in der Staatskasse. 125 000 \$ wurden jeden Monat an "die Soziale Arbeit" seiner Exzellenz des Präsidenten der Republik aus Lebenszeit überwiesen; weitere 50 000 \$ gingen an die "Soziale Arbeit" der First Lady der Republik; 12 000 \$ wurden monatlich an die "Michele B. Duvalier-Stiftung" gezahlt (Michele Bennett ist die Gattin des ehemaligen Präsidenten auf Lebenszeit, Anm. d. LN); jeden Montag sandte das Einkommenssteuer-Büro 37 000 \$ an Michele Bennetts Vater.

Die 600 Mio. \$ Auslandsschulden, die Duvalier im Februar hinterließ, könnten wahrscheinlich mit dem Vermögen bezahlt werden, das er in Banken in Miami, den Bahamas, Grand Turk und der Schweiz hinterlegte, denn dieses wurde auf etwa 400 bis 800 Mio. \$ berechnet.

Es war Teil des korrupten Systems, daß von den 240 Mio. \$, die 1986 als Staatsausgaben veranschlagt wurden, 70% für Gehälter bestimmt waren. Im Haushalt von 1985/86 betrug die Summe für "besondere Verpflichtungen" 36 Mio. \$, deren Verwendung niemals erklärt worden ist.

Die Duvalier-Diktatur führte nicht nur zum Export großer Kapitalmengen, sondern auch zu einem "brain drain", der Haiti vieler seiner besten Spezialisten und der dringend benötigten mittleren Techniker beraubt hat. Es gibt in Montreal mehr haitianische Ärzte als in Haiti selbst. Der einzige Vorteil der haitianischen Exilierten, deren Zahl auf etwa eine Million geschätzt wird, sind die 100 Mio. \$, die sie ihren Verwandten schicken. Sie sind damit die größte Devisenquelle. Der Tourismus, ein anderer Devisenbringer, ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Die jährliche Zahl der Touristen ist von 250 000 zu Beginn der 80er Jahre auf unter 100 000 gesunken. Das liegt zum Teil an der - möglicherweise falschen - Geschichte, daß AIDS von Haiti ausging, aber auch an der Angst der Touristen, daß sie wegen der politischen und wirtschaftlichen Krise unter Gewalt oder Nahrungsmittelmangel leiden müßten.



PARAGUAY

WIRD AUCH STROESSNER STÜRZEN ?

Einschätzung der aktuellen Lage in Paraguay seitens der Paraguay-Arbeitsgemeinschaft e.V.

Auf Haiti und auf den Philippinen wurden die Diktatoren verjagt, und nun geraten auch die Militärdiktaturen von Chile und Paraguay unter Druck.

Die USA fordern über ihren Botschafter in Paraguay, Taylor, einen Demokratisierungsprozeß. Auch die Medien in der Bundesrepublik berichten, daß die CSU bemüht sei, General Alfredo Stroessner nach Bayern ins Krankenhaus zu holen, damit in Paraguay eine Demokratisierung eingeleitet werden kann.

Wird auch Stroessner stürzen?

In jüngster Zeit dringen aufschlußreiche Informationen über Paraguay in die internationale Öffentlichkeit:

- ein ARD-Filmteam wird verprügelt, Filme werden vernichtet
- der Diplomat Armin Steuer wird ebenfalls geschlagen, ins Untersuchungsgefängnis gebracht und dort mißhandelt
- Parteidemstrationen werden brutal zerschlagen
- Gehaltsforderungen von Ärzten werden mit brutalen Unterdrückungsmaßnahmen beantwortet, die Uni-Kliniken werden von paramilitärischen Banden mit Polizeiunterstützung überfallen
- Ärzte, Krankenschwestern und Patienten werden mißhandelt
- die Radiostation "Nanduti" wird fast zerstört
- die Regierungspartei ist in drei Gruppen gespalten
- ein Parteiflügel der regierenden Colorado-Partei opponiert gegen eine Wiederwahl Stroessners, seine Kundgebung wird verboten
- die wirtschaftliche Situation des Volkes ist katastrophal, die Inflation erreicht innerhalb eines Jahres 100%
- die Unzufriedenheit wächst
- die Armut treibt die Menschen, ihre Rechte fordernd, auf die Straße

Wir können also feststellen, daß die Regierung Paraguays geschwächt ist und erwarten, daß Stroessner entweder 1988 nicht wieder gewählt wird oder vorzeitig durch eine Junta, bestehend aus einem Vertrauten Stroessners und vier führenden Generälen, ersetzt wird.

Diese Entwicklung ist wahrscheinlich, da

1. die USA an einem Sturz der Diktaturen im eigenen Lager interessiert sind, um damit Aktivitäten und Aktionen gegen Regierungen im anderen Lager, z.B. Kuba und Nicaragua, zu legitimieren;
2. der innere Druck, der aus dem Niedergang der Wirtschaft und der 32-jährigen Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes rührt, zum Aufstand führen könnte;
3. herrschende Gruppen im Inneren eine weitere "Abnutzung" des Regimes nicht hinnehmen können, ohne einen Verlust der eigenen Pfründe befürchten zu müssen.

Die innere Zerstrittenheit in der Regierungspartei verhindert außerdem, daß es weiterhin gelingt, den inneren und äußeren Druck erfolgreich zu neutralisieren. So spricht einiges dafür, daß sich die Unzufriedenheit des Volkes in organisierter Form gegen das Regime richtet.

Das Regime reagiert mit brutalem Terror.

Die Paraguay-Arbeitsgemeinschaft e.V. hat immer wieder die Notwendigkeit einer Ablösung des Stroessner-Regimes gefordert; wir glauben aber nicht, daß ein Wechsel nach dem Muster Haitis oder der Philippinen eine langfristige Verbesserung der Situation des Volkes bewirken kann.



Weg mit dem Mörder Stroessner!

Freiheit für die politischen Gefangenen von Paraguay!

BERLIN

Polizeieinsatz gegen den Mehringhof

Am Montag, den 9. Juni 1986 kam es im Anschluß an eine Demonstration in Kreuzberg zu einem Polizeieinsatz im Mehringhof, wobei die Polizei widerrechtlich in das Gebäude eindrang und willkürlich 43 Personen festnahm. Dabei war das Gebäude für Stunden praktisch abgeriegelt.

Im Anschluß an diese Ereignisse bezeichnete der Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft im Beamtenbund, Franke, den Mehringhof als eine "Hochburg krimineller Umtriebe gegen den Staat" und forderte seine Schließung. (Vgl. Tagesspiegel, Berlin. 11.6.86)

Diese Diffamierung trifft jedes einzelne Projekt im Mehringhof.

Das FDCL hat vor Jahren beschlossen, Büro und Archiv in den Mehringhof zu verlegen. Ein wichtiger Grund für diesen Entschluß war der Charakter des Mehringhofes als offenes Kommunikationsforum und Produktionsstätte der verschiedensten Projekte (Verlage, Schulen, soziale Selbsthilfegruppen u.a.). Wir verwahren uns gegen die Kriminalisierung des Mehringhofes, die darauf abzielt, seine Nutzung als Ort offener politischer Diskussion zu unterbinden.

Dieser Versuch der Kriminalisierung gefährdet direkt unsere Arbeit. Mitarbeiter und Benutzer des FDCL laufen Gefahr, daß ihnen kriminelle Absichten unterstellt werden, daß sie verhaftet werden, wenn sie zufällig während eines Polizeieinsatzes in unseren Räumen anwesend sind.

Darüberhinaus gefährdet diese Diffamierungsstrategie die Möglichkeit von Studenten, im FDCL notwendige und für sie auch inhaltlich interessante Praktika abzuleisten. Das FDCL ist von der Gesamthochschule Kassel, vom Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin und der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin als Träger von Praktika anerkannt.

Wir sehen den genannten Polizeieinsatz und die anschließende Verleumdungskampagne als einen Teil der Polizeistrategie, Protest von vornherein zu kriminalisieren und eine vorbeugende Rechtfertigung für Einsätze gegen Demonstrationen zu konstruieren. Dies trifft auch sehr direkt unsere Arbeit, die immer wieder Protest notwendig macht, beispielsweise gegen die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit Diktaturen, gegen die wirtschaftliche Unterstützung von menschenverachtenden Regimen.

Wir schließen uns ausdrücklich der Erklärung des Mehringhofs an:

PRESSEERKLÄRUNG DES MEHRINGHOFES

Berlin, den 13.6.1986

Der Mehringhof empört sich. Juristische Schritte gegen Polizeimaßnahmen angekündigt.

Die dreißig selbstverwalteten Projekte des Mehringhofes, Firmen und gemeinnützig eingetragene Vereine, Schulen, Medienprojekte, Theater, Druckerei, Ladengeschäfte, Verlage, Informations- und Kommunikationszentren und Freizeitgruppen betonen wie bereits am 12. März 1981 (vgl. die damalige Presseerklärung) den OFFENEN CHARAKTER des Mehringhofes. Der Mehringhof ist ein Ewerbehof mit starkem Publikumsverkehr. Er ist Produktionsstätte, Kommunikationsort "alternativer" Gruppen, Treffpunkt und Forum offener, fortschrittlicher Menschen. Für Veranstaltungen und als Treffpunkt standen und stehen seine Räume verschiedensten Gruppen zur Verfügung. Dies ist ein Teil seiner politischen Arbeit und seines Konzeptes, das er sich durch Druck von außen nicht zerstören lassen wird, erklärten die Firmen und Vereine des Mehringhofes.

Polizeieinsätze, wie der vom 9. Juni 1986, Kriminalisierungsversuche, falsche Pressedarstellungen und Diffamierungen wie die vom Landesvorsitzenden der Polizeigewerkschaft, Franke, (siehe Tagespiegel vom 11.6.1986) sollten die weitere Nutzung des Mehringhofes als Ort einer offenen demokratischen und politischen Auseinandersetzung verhindern.

Die Firmen und Verlage des Mehringhofes, sowie die Mehringhof GmbH protestieren aufs Schärfste gegen das gewalttätige, rechtswidrige Eindringen in ihr Privatgelände und die willkürliche Festnahme sämtlicher dort angetroffener Personen. Eine der Geschäftsführerinnen der Mehringhof GmbH, rechtliche Eigentümervertreterin, wurde bei dem Verhandlungsversuch mit der Polizei mit Chemical Mace (Chemische Keule) ins Gesicht geschossen. Das seien Polizeistaatsmethoden, wird erklärt.

Der Mehringhof wird Klage erheben auf Feststellung der Rechtswidrigkeit der gesamten polizeilichen Maßnahmen.

Er wird Strafanzeige erstatten wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Körperverletzung.

Er wird gegen die Verleumdung des Herrn Franke auf Unterlassungsklagen und Schadenersatz wegen Rufschädigung fordern.

Weitere rechtliche Schritte behält er sich vor.

Die polizeilichen Ausschreitungen stehen nach Meinung des Mehringhofes im Zusammenhang mit der offensiven Polizeistrategie, Demonstranten und Demonstrantinnen schon vor Beginn von Demonstrationen festzusetzen und zu behindern, um sie als potentielle Gewalttäter und -täterinnen zu diffamieren und kriminalisieren, wie dies vor Brokdorf, oder am vergangenen Sonntag in Hamburg geschah, als gleich sämtliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Demonstration festgenommen wurden.

Mehringhof GmbH im Namen sämtlicher Mieter

REZENSIONEN

Biographie Victor Jaras

*Yo no canto por cantar
ni por tener buena voz
Canto porque mi guitarra
tiene sentido y razón.*

*Ich singe nicht um des Singens willen,
oder um meine Stimme glänzen zu lassen,
ich singe, weil die Gitarre
Gefühl und Vernunft hat.*

(1973)

Der Lebenslauf Victor Jaras ist typisch für viele lateinamerikanische Künstler: auf dem Lande großgeworden kam er mit 13 Jahren in die Stadt, entwurzelt und fremd, in äußerster Armut beginnt der Kampf um die Existenz. Dieser Bruch führt zur Suche nach der eigenen Identität, die Victor Jara in der chilenischen Folklore fand, aus der er für seine Musik schöpft. Dies ist unmittelbar verbunden mit dem politischen Kampf. Es existiert nicht - wie in Europa - eine Trennung zwischen "konservativer" Folklore und politischem Engagement. Victor Jara schlug sich in der Stadt Santiago als Gelegenheitsarbeiter durch, bis er ein Stipendium an der Kunsthochschule bekam und dort, unter schwierigen Bedingungen, studieren konnte. Auch das ist typisch für die Karriere von lateinamerikanischen Künstlern. Berühmt wurde Victor Jara als Dramaturg, Tänzer und Regisseur und in Europa vor allem als Sänger. Mit seiner Kunst unterstützte er den Wahlkampf und die Regierung Allendes konsequent bis zu dessen Sturz. Wenige Tage nach dem Putsch wurde er im Stadion von Santiago gefoltert und ermordet.

Zehn Jahre nach seinem Tod schreibt seine Frau Joan Jara, selber Tänzerin und Lehrerin Victor Jaras, seine Biographie: ein sehr persönliches Zeugnis über das Leben Victor Jaras, der spätestens durch seinen Tod - so fatal die Heroisierung von Opfern ist - zu einer Symbolfigur Chiles geworden ist.

Es ist grundsätzlich fraglich, ob ein solches Zeugnis über die dargestellte Person hinaus einen Wert hat, ob man eine Biographie heranziehen kann, um mehr über die Geschichte von Chile zu erfahren oder ob es nicht ein ganz privater Blickwinkel bleibt, zumal man von Joan Jara nicht erwarten kann, Victor gegenüber besonders kritisch zu sein. Dieser Zweifel

Rojas Hernández betont, daß die Gewerkschaftsbewegung im Kampf um die Demokratisierung Chiles eine wichtige Rolle spielt, die auch noch über dieses Regime weit hinausreichen wird. Grundvoraussetzung für Demokratie und Freiheit ist jedoch die Unabhängigkeit von Staat, Regierung und politischen Parteien (S. 16). Der Autor meint zu den politischen Parteien, daß sie viel mehr pluralistisch organisiert sein müssen, daß das Parteimonopol in der Arbeiterbewegung abgeschafft werden muß. Die politischen Parteien dürfen keinesfalls auf einer Ebene oberhalb der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen stehen. Sie sind nur eine von vielen Organisationen eines breiten sozialpolitischen Spektrums (S. 313/314).

Das Buch ist besonders zu empfehlen für Gewerkschafter, Politologen, Historiker, Wirtschaftswissenschaftler, Lateinamerikanisten und Entwicklungssoziologen.



Nº 187986

Arturo Pinochet Ugarte
RUT: 1.915.924-8
CASA MATRIZ:
Balneario Caleta Abarca
Caleta Abarca s/n.
SUCURSAL:
Casino Estadio Sausalito
Sausalito s/n.
VIÑA DEL MAR

Boleta Duplicado Cliente

TOTAL		
100		
DIA	MES	AÑO
18	3	86

CIANA - Rut: 4.899.469-1
Navia Sandoval - J. Fco.
Vergara 709, A. Sta., Viña

Die Familie Pinochet Ugarte hat in allen Bereichen der chilenischen Wirtschaft Fuß gefasst, wie nebenstehende Quittung belegt:

Arturo Pinochet Ugarte
Stammbaus:
Badestrand Caleta Abarca
Filiale:
Stadion-Kasino Sausalito
Viña del Mar

Kinder der Mitte

Von der Gemeinde Q'ero in den peruanischen Anden, in der Region Cusco, den dort lebenden Menschen, ihrer Geschichte, Leben und Religion handelt dieses Buch. Die Autoren haben einige Jahre in Q'ero gelebt, mit den Menschen dort, und ließen sich von ihnen ihre Geschichte und Geschichten erzählen. Es gelingt ihnen, aus diesem Material ein Buch zu schreiben, durch das sich der Lesende geradezu nach Q'ero versetzt fühlt. Wie selten in einem Buch vermögen sie den Fremden in die Welt von Q'ero einzuführen. Dazu tragen auch die sehr guten Fotos bei, Gesichter von Menschen, die deren Geschichte abbilden.

Im ersten, einleitenden Teil des Buches stellen sie ausführlich die Gemeinde Q'ero vor, indem sie sie unter verschiedenen Gesichtspunkten beschreiben und analysieren: Q'ero - der Siedlungsraum; Subsistenzwirtschaft - Ackerbau und Viehzucht; Handel - Tauschgeschäft und Vermarktung; Q'ero in diesem Jahrhundert - Veränderungen und Probleme; die Familie; die Comunidad Q'ero; Religion und Weltanschauung; die Frau.

Im Hauptteil des Buches lassen sie die Erzählungen der Leute von Q'ero für sich sprechen. Diese sind geordnet und einführend kommentiert. Geschichten, die vom gleichen Themenkreis sprechen, stehen zusammen. Themenkreise sind zum Beispiel "Die Schaffung der Weltordnung", "Geschichte" oder "Vom Leben in dieser Welt". Name und Alter des Erzählers / der Erzählerin sind mit angegeben.

Doch interessant ist nicht nur das wie, sondern vor allem der Inhalt der Erzählungen. Die alte Religion der Q'ero, die schon durch die Götter der Inkas überlagert wurde, hat sich auch nach der Christianisierung durch die Spanier erhalten und ist in den Erzählungen eigentümlich gemischt mit Christlichem: Christus beispielsweise löste den Inka ab, er ist ein Gott, der später kam und mächtiger ist.

Unter der Apathie und Passivität, die die Q'ero nach außen zeigen, findet sich eine tiefe Hoffnung auf Befreiung, die sich messianisch verkörpert in der Figur des Inkarrí, der eine Mischung aus Christus und dem letzten Inka ist. Er lebt im Tiefland, das tatsächlich unterhalb von Q'ero liegt und das die Q'ero nie betreten. Von da aus soll er wiederkommen und die Q'ero von aller täglich erlebten Unterdrückung und Ausbeutung befreien. Eigentümlich ist, wie sich mit seiner Figur eine lineare Zeitordnung, also hin auf eine Endzeit, verbindet. Dies ist eine typisch europäische Zeitkonzeption, während die Q'ero ansonsten die Zeit zyklisch vorstellen; das bedeutet,

daß eine Zeitordnung mit ihren Göttern durch ein Chaos abgelöst wird, auf das eine neue, aber nicht bessere Ordnung folgt. So verbindet sich in den Erzählungen der Q'ero Indianisches und Europäisches.

In den Mythen finden sich auch Erklärungen für das Elend, in dem die Q'ero heute leben. Eine Erzählung berichtet, wie ein alter Gott, kurz bevor er ging und von den anderen Göttern abgelöst wurde, den Vorfahren der Q'ero Macht anbot. Die lehnten sie damals ab, da sie sie nicht bräuchten. "Wir haben unsere eigene Macht. Deshalb ging er und nahm alle seine macht mit fort. - Daher besitzen wir auch heute keine Macht, nicht wahr. - (...) Gar nichts vermochten sie mehr. Sie mussten die Steine sogar schleppen oder sie mühevoll rollen. Zu mehr reichte ihre Macht nicht mehr. "Wir hätten ihn bitten sollen, uns seine Macht zu überlassen", so sprachen sie untereinander. Entsetzt rannten sie los, um Gott zu suchen; aber nichts - vollständige Ruhe. Er war schon zum Himmel aufgebrochen. - Das wird unser Väterchen Gott gewesen sein. Seither müssen wir in so unermesslichem Leid leben, carajo."

Die jüngste Zeitgeschichte wird ebenso in Geschichten erzählt: die Zeit der schlimmsten Unterdrückung in der Hazienda Q'ero und die Befreiung vom Haziendero, die Folgen der Landreform.

Besonders erwähnenswert ist die Sprache, in der die auf Quechua erzählten Geschichten ins Deutsche übersetzt wurden. Es wurde versucht, den Charakter der Erzählung und die Sprachmelodie im Deutschen nachzuempfinden. Dadurch meint der Leser geradezu, Satzpausen des Erzählers mitzubekommen und sich in einen Zuhörer in den Anden zu verwandeln.

Thomas Müller / Helga Müller-Herbon: Kinder der Mitte. Die Q'ero - Indianer. Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten, 1986

Zeitschriftenschau

ila-info Nr. 96, Juni 1986

Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunkthema: **Wir und Nicaragua**; Die Destabilisierungskampagne gegen das freie Nicaragua und wie wir damit umgehen ist der Hintergrund des aktuellen ila-infos. Es enthält Beiträge zur US-Strategie gegen Nicaragua, zur rechten Propagandakampagne gegen Nicaragua in der BRD, zur Rolle der SPD, zur sogenannten "kritischen Solidarität", zur Entwicklung von Kunst und Kultur in Nicaragua und den Bericht eines ausgestiegenen Contra.

Weitere Beiträge: Mexiko vor der Fußball-WM / zur Geschichte des Fußballs in Brasilien / zum BUKO in Bremen / zum Staatsterrorismuskongreß in Frankfurt, zum Programmwurf der Grünen u.a.m.

INFORMATIONSDIENST SÜDLICHES AFRIKA 3'86, April/Mai

Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Schwerpunkt: **Angola - im 11. Jahr der Unabhängigkeit**. Über Angola ist hierzulande nur wenig zu lesen, Informationen über das Land sind vergleichsweise spärlich. Der Informationsdienst hat darum diesmal seinen Schwerpunkt diesem Land gewidmet. Wirtschaft ist ein größerer Themenkomplex. In zwei Artikeln wird einmal ausführlich über die schwierige wirtschaftliche Entwicklung zwischen Kriegs- und Planwirtschaft berichtet, ein anderes Mal wird die Landwirtschaftspolitik der MPLA gegenüber den Bauern kritisch beleuchtet. Desweiteren geht es um die jüngsten Zusagen der Reagan-Regierung über materielle Unterstützung für die UNITA. Ein Auszug aus dem Roman 'Mayombe' des angolanischen Schriftstellers Pepetela ist zugleich eine Diskussion über die Problematik von Befreiungsbewegungen an der Macht. Länderberichte zu Südafrika, Namibia und Zimbabwe.

BRD und "Dritte Welt" Hefte 21 u. 22

Magazin Verlag, Schwebelstr. 6, 2300 Kiel 1

Michael Schornstheimer: **Helden, Mythen und die Linke**. Elemente einer Kritik des Internationalismus. (Heft 21: Helden; Heft 22: Mythen)

epd - entwicklungspolitik 11/86

Friedrichstr. 2-4, 6000 Frankfurt 1

Weltwirtschaftsberichte zeigen Grenzen der Politikreform in den Entwicklungsländern / Ein Schritt vor - zwei Schritte zurück: Schuldendiskussion in der SPD / Stellungnahmen zum Vatikanodokument: Befreiungstheologie

epd - entwicklungspolitik 12/86

Friedrichstr. 2-4, 6000 Frankfurt 1

Über den Medikamentenmißbrauch durch Pharmakonzerne in Kolumbien / Rüstungsexport lateinamerikanischer Länder kann Verschuldungsproblem nicht lösen

Eingegangene Bücher

Jorge Rojas Hernández: Die chilenische Gewerkschaftsbewegung 1973 - 1984. Campus, Frankfurt/New York, 1986

Curt Letsche: Operation Managua. Krimi. Weltkreis-Verlag, Dortmund, 1986

Gerardo Félix Basurco Valverde: Herrschaftsformen und Industrialisierungsprozeß in Peru. Hochschul-Verlag, Freiburg, 1985

Urs M. Fiechtner: Annas Geschichte. Signal-Verlag, Baden-Baden, 1985

Peter v. Blankenburg: Welternährung: Gegenwartsprobleme und Strategien für die Zukunft. C.H.Beck, München, 1986

Jahrbuch Dritte Welt 1986. Daten, Übersichten, Analysen. C.H.Beck, München, 1986

Wolfgang S. Heinz: Menschenrechte in der Dritten Welt. C.H.Beck, München, 1986

Hildegard Schürings (Red.): Ländliche Entwicklung und gemeinsames Lernen. (Pädagogik: Dritte Welt. Jahrbuch 1985) Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt, 1986

José Carlos Mariátegui: Revolution und peruanische Wirklichkeit. Ausgewählte politische Schriften. Herausgegeben von Eleonore v. Oertzen. isp-Verlag, Frankfurt, 1986

Menschenrechte in Argentinien unter der Militärdiktatur 1976 - 1983. Eine Bearbeitung des Berichts "Nunca Más" der CONADEP. Bezug: amnesty international "Argentinien", Postfach 1124, 7400 Tübingen 1

Werner Balsen, Karl Rössel: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik. Kölner Volksblatt - Verlag, Köln, 1986

Zentralamerika-Komitee Westberlin (Hg): Landbesetzungen in Honduras. Broschüre, 1986, Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Jungsozialisten in der SPD (Hg): Revolution und Menschenrechte in Zentralamerika. Beiträge zu einer notwendigen Debatte. Broschüre. Bonn, 1986

EL PARCIAL

Costa Rica:

Entre las tenazas del FMI, la AID y el Pentágono

EL PARCIAL - Heft 19 (Juni 1986)

Das Heft umfaßt 142 Seiten, davon 123 Pressekundokumentation. Die Texte sind fast ausschließlich in spanischer Sprache, wobei vor allem Publikationen aus Costa Rica und Mexiko berücksichtigt wurden; in geringem Umfang wurden auch Quellen in englischer Sprache aufgenommen.

Inhaltliche Gliederung: Die entscheidende Macht im Hintergrund: der Internationale Währungsfonds/Die konfliktreiche Durchsetzung eines neuen Agroexportmodells und ihre sozialen Folgen/Ein Miniputsch der Unternehmer, und eine Wahl des kleineren Übels/Aufbau eines getarnten Berufsheeres, Verbreitung paramilitärischer Truppen und systematische selektive Repression/Der Beitrag der USA: massive Kreditvergabe, Militärhilfe und Aufbau der VOA/Zuflucht für Contras und aggressive Diplomatie trotz proklamierter Neutralität: die vollständige Einfügung in den regionalen konterrevolutionären Block/Der Rückzug der Bananengesellschaften/Der Drogenhandel: ein aufstrebender Geschäftszweig/Eine gespaltene Volksbewegung.

Das Heft ist zu beziehen über Doris Hermes, Kielortallee 4, 2000 Hamburg 13, gegen Überweisung von 13,00 DM an: "El Parcial", Doris Hermes, Konto-Nr. 636 47-205, PSchA Hamburg.

UNA DOCUMENTACION DE PRENSA

Junio de 1986

19



REVOLUTION und MENSCHENRECHTE in ZENTRALAMERIKA

Beiträge zu einer notwendigen Debatte



Jungsozialisten in der SPD

W. Brandt: Es lebe das soziale Erbe Sandinos! - G. Dilger: Zur Menschenrechtsdebatte in der Bundesrepublik; Das "Sanctuary Movement" in den USA - F. Duve/E. Waltemathe: Jetzt töten sie Witwen und Waisen (Menschenrechte in Guatemala) - H. Frenz: Wie verlässlich ist unsere Solidarität? - G. Granados: Wirtschaftsintegration: Eine Chance gegen die Armut? - T. Himmelsbach: Die Pflastersteinfabrik in Masaya - H. Incer: Der nicaraguanische Botschafter nimmt Stellung - P. v. Oertzen: Nicaragua zwischen den Fronten - H. Seus: Jusos und Menschenrechte - Stellungnahmen von amnesty international und Americas Watch - Städtepartnerschaften mit Nicaragua - Baumaterialien für Nicaragua.

Preis: 2 DM (bei Abnahme von 10 oder mehr Exemplaren 30% Rabatt). Bestellungen an: Juso-Bundessekretariat, z.Hd. Roland Röscheisen, Ollenhauerstraße 1, 5300 Bonn.

Neu im Vertrieb der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Bücher des LATIN AMERICA BUREAU, London

Die Bücher des LATIN AMERICA BUREAU, die in vielen Bereichen wichtige und gute Ergänzungen zu deutschsprachigen Publikationen über Lateinamerika bieten, waren bisher in der Bundesrepublik nur schwer erhältlich. Wir sind deshalb mit dem LATIN AMERICA BUREAU übereingekommen, ab Juli 1986 den Verkauf der Bücher in der BRD zu organisieren. Wir halten genügend Exemplare auf Lager, um Bestellungen prompt auszuliefern. Die angegebenen Preise verstehen sich zuzüglich Porto ab Berlin. Buchhandlungen erhalten die üblichen Rabatte.



**Latin America
Bureau**

Research and action on Latin America

The LATIN AMERICA BUREAU is an independent non-profit making organisation established in 1977. It aims through research, publications, publicity and work with schools to raise public awareness of social, economic, political and human rights issues in Latin America and the Caribbean, to enlist the involvement of trade unions, political parties, churches, universities and others in these issues, and to provide support for those in Latin America and the Caribbean working against injustice and exploitation in their own countries.

PARAGUAY: POWER GAME

Chronicles Paraguay's tragic history and analyses the regime of Alfredo Stroessner, dictator for the last three decades. It examines the country's explosive economic growth and contrasts this with the deepening exploitation and impoverishment of the Paraguayan people.

1980 ISBN 0-906156-10-6 DM 5,50

THE EUROPEAN CHALLENGE: Europe's New Role in Latin America

This book looks at various aspects of Europe's relations with Latin America: transnational investment, the role of the EEC, financial flows, European social democracy, human rights and arms sales. It questions whether Europe can be expected to promote the kind of development in Latin America which will advance the cause of social and economic justice in the region.

1982 ISBN 0-906156-14-9 DM 14,50

GUYANA: FRAUDULENT REVOLUTION

The socialist rhetoric of President Forbes Burnham's regime contrasts strikingly with the ugly details of his personalist and authoritarian rule. This book, banned in Guyana, analyses this contradiction in the context of the country's history to the present situation of economic collapse and political repression.

1984 ISBN 0-906156-20-3 DM 12,80

GRENADA: WHOSE FREEDOM?

Outlines the background to and substantial advances of the 1979 'Peaceful Revolution' in Grenada and shows why it was repugnant to both Washington and the Thatcher government. Discusses the debate inside the New Jewel Movement, the fall of Maurice Bishop and the events surrounding the US invasion in Oct. 1983.

1984 ISBN 0-906156-25-4 DM 12,80

HAITI: FAMILY BUSINESS

traces the historical origins of the 'Duvalier system' and shows how and why it has survived until now. It examines the modern Haitian economy, the country's social structure and the role of the United States, for most of this century a key actor in Haitian political life. The book also looks at the forces of change in a country which has in recent years undergone some economic modernization and assesses the future prospects of the 'Duvalier system'.

1985 ISBN 0-906156-19-X DM 12,80

PERU: PATHS TO POVERTY

Peru has changed dramatically over the last twenty years. The country's economy, historically disadvantaged in the world market, has entered into a profound crisis for which the civilian government has provided no solution. This book traces the background to the present crisis, outlining the monetarist policies of the Belaunde government and their devastating impact on living standards. Also considers the emergence of the Sendero Luminoso rural guerilla.

1985 ISBN 0-906156-22-X DM 12,80

HONDURAS: State for Sale

Traces the transformation of Honduras from banana enclave to the linchpin of US military strategy in the region. It identifies the elements which distinguish Honduras from its neighbors and explores the reasons why endemic poverty has not yet generated social conflict. The book also examines the way US influence has affected political and economic developments since 1980, making a solution to the country's abject poverty more remote than ever.

1985 ISBN 0-906156-23-8 DM 12,80

PROMISED LAND: Peasant Rebellion in Chalatenango, El Salvador

Author Jenny Pearce crossed the front line in El Salvador to collect oral histories from the people living under bombardment in Chalatenango, an area controlled by the FMLN guerillas. 'Promised Land' vividly recounts the history of the peasant movement in the region and portrays peasant life in the guerilla controlled zone. It provides the background to understanding current events and where solutions may lie for the people of El Salvador.

With a prologue by the Salvadorian writer, Manlio Argueta. 320 pages, illustrated with over 75 photographs
1986 ISBN 0-906156-21-1 DM 24,80

Alle Bestellungen an: LN-Vertrieb, Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61